

14.10.2022
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Die für das Unterrichtswesen zuständige Ministerin wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER MAßNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES WOHLBEFINDENS DES PERSONALS IM UNTERRICHTSWESEN

INHALTSANGABE

Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals des Unterrichtswesens ab und beinhaltet folgende Maßnahmen:

- Maßnahmen zur Unterstützung der beruflichen Wiedereingliederung von Personalmitgliedern, die wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend sind
- Maßnahmen zur Gestaltung des Laufbahnendes in Leitungsfunktionen
- Erhöhung des Urlaubsgelds für die Personalmitglieder der Stufe I

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Vorentwurf	18

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

1. Maßnahmen zur Unterstützung der beruflichen Wiedereingliederung von Personalmitgliedern, die wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend sind (Artikel 2 Nummern 1 und 2, 14 Nummern 1 und 2, 16-21, 26 Nummern 1 und 2, 39 Nummern 1 und 2, 41 bis 59, 60 Nummern 1 und 2, 68 Nummern 1 und 2, 70 bis 73, 77 Nummern 1 und 2, 78 und 79 Nummern 1 und 2)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Aus der von der Kontrollärztin des Ministeriums und des Unterrichtswesens im Juni 2020 erstellten krankheitsbedingten Fehlzeitenanalyse des Unterrichtswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geht hervor, dass in den letzten Jahren ein deutlicher Anstieg der Krankentage verzeichnet wurde. Das Unterrichtswesen ist insbesondere mit einer Zunahme der Langzeiterkrankungen, darunter in erster Linie chronische Erkrankungen im Bereich des Muskel-, Skelett- und Bindegewebesystems aber auch psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen, konfrontiert.

Vor diesem Hintergrund werden in vorliegendem Kapitel verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen mit dem Ziel, die berufliche Wiedereingliederung von langfristig abwesenden Personalmitgliedern zu fördern und zu unterstützen.

1.1. Einführung eines Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung

Es wird ein sogenannter Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung eingeführt. Diese neue Form der verringerten Dienstleistung ist allen Personalmitgliedern zugänglich, die gleichzeitig folgende Bedingungen erfüllen:

- Das Personalmitglied ist für mehr als die Hälfte eines vollen Stundenplans definitiv ernannt oder zeitweilig bezeichnet;
- Das Personalmitglied war während mindestens 42 aufeinanderfolgenden Kalendertagen wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend;
- Das Personalmitglied verfügt noch über mindestens 30 Krankheitstage;
- Sowohl der Kontrollarzt als auch der Schulträger haben ihr Einverständnis zur verringerten Dienstleistung aus medizinischer (Kontrollarzt) beziehungsweise organisatorischer (Schulträger) Sicht erteilt auf Grundlage eines vom behandelnden Arzt ausgestellten ärztlichen Attests und Wiedereingliederungsplans, in dem folgende Elemente angeführt sind:
 - o der Prozentsatz des wöchentlich vom Personalmitglied zu leistenden Stundenumfangs;
 - o die Dauer der Wiedereingliederungsperiode (mindestens ein Monat, höchstens drei Monate) mit Angabe des Anfangs- und Enddatums;

- das voraussichtliche Datum, an dem das Personalmitglied wieder in der Lage ist, seinen Dienst vollständig aufzunehmen.

Diese Urlaubsform ist ebenfalls Personalmitgliedern zugänglich, die ein Auswahl- oder Beförderungssamt bekleiden.

Während des Urlaubs wird der Stundenplan des Personalmitglieds derart reduziert, dass es mindestens 50% eines vollen Stundenplans leistet. In den Ämtern der Kategorie des Lehrpersonals (mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und dem Lehrpersonal der AHS) erfolgt die Kürzung des Stundenplans mit ganzen Stunden. Die nicht geleisteten Stunden werden vollständig besoldet. Der Urlaub wird einer Periode aktiven Dienstes gleichgestellt, d.h. er findet Berücksichtigung bei der Festlegung des administrativen und finanziellen Dienstalters.

Während des Urlaubs erfolgt ein Abzug von Krankheitstagen:

- Leistet das Personalmitglied mindestens 75% eines vollen Stundenplans, wird pro Kalendertag ein Viertelkrankheitstag vom Krankheitstagekontingent abgezogen.
- Leistet das Personalmitglied weniger als 75% eines vollen Stundenplans, wird pro Kalendertag ein halber Krankheitstag vom Krankheitstagekontingent abgezogen.

Einem Personalmitglied, das den vorliegenden Urlaub im Anschluss an einen Arbeitsunfall, einen Unfall auf dem Arbeitsweg oder eine Berufskrankheit auf Vorschlag des behandelnden Arztes und mit dem Einverständnis des Verwaltungsgesundheitsdienstes MEDEX in Anspruch nimmt, werden während des Urlaubs keine Krankheitstage abgezogen.

Dieser Urlaub ist eine Gunst, d.h. er wird dem Personalmitglied nur gewährt, wenn sowohl der Schulleiter aus organisatorischer Sicht als auch der Kontrollarzt aus medizinischer Sicht ihr Einverständnis erteilen. Verweigert der Schulträger und beziehungsweise oder der Kontrollarzt die Genehmigung, begründet er seine Entscheidung.

Der Urlaub wird für eine Zeitspanne von mindestens einem und maximal drei Monaten gewährt. Auf Vorschlag des behandelnden Arztes und mit Einverständnis des Kontrollarztes und des Schulträgers kann der Urlaub beliebig oft um weitere Zeitspannen von jeweils maximal drei Monaten verlängert werden, solange dem Personalmitglied genügend Krankheitstage zur Verfügung stehen, um diese Zeitspannen abzudecken. Eine Veränderung (Erhöhung/Reduzierung) des Prozentsatzes des wöchentlich vom Personalmitglied zu leistenden Stundenumfanges erfolgt auf Vorschlag des behandelnden Arztes jeweils ab Beginn einer Verlängerung der Wiedereingliederungsperiode.

Ein vorzeitiger Abbruch der Wiedereingliederung kann auf Initiative des Personalmitglieds, des behandelnden Arztes oder des Kontrollarztes erfolgen.

Der Urlaub endet in folgenden Fällen von Amts wegen:

- wenn das Personalmitglied sein Krankheitstagekontingent aufgebraucht hat und zu Lasten der Krankenkasse fällt oder zur Disposition wegen Krankheit oder Gebrechen gestellt wird;
- wenn der Kontrollarzt und beziehungsweise oder der Schulträger der beantragten Verlängerung des Urlaubs nicht stattgibt;
- wenn die zeitweilige Bezeichnung des Personalmitglieds endet oder die definitive Ernennung des Personalmitglieds beendet wird.

1.2. Einführung einer Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen für zeitweilige Personalmitglieder

Es wird eine sogenannte Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen eingeführt. Diese neue Form der Abwesenheit kann von zeitweiligen Personalmitgliedern, die wegen Krankheit abwesend sind und sich zu Lasten der Krankenkasse befinden, in Anspruch genommen werden. Mit Genehmigung des Vertrauensarztes der Krankenkasse ist es ihnen gestattet, den Dienst teilweise wieder aufzunehmen, insofern der Schulträger sein Einverständnis hierzu erteilt hat. Bei Personalmitgliedern, die sowohl zeitweilig bezeichnet als auch definitiv ernannt sind, kann die Abwesenheit nur auf zeitweilige Stunden gelegt werden. Der Vertrauensarzt der Krankenkasse legt den Prozentsatz der Beschäftigung fest sowie Beginn und Ende der Teilzeitbeschäftigung.

Diese Urlaubsform ist eine Gunst, d.h. ein Schulträger ist nicht verpflichtet dem Urlaubsantrag stattzugeben. Im Falle einer Ablehnung begründet er seine Entscheidung.

Diese Urlaubsform ist ebenfalls Personalmitgliedern zugänglich, die ein Auswahl- oder Beförderungssamt bekleiden.

Die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen endet von Amts wegen, wenn die Bezeichnung des Personalmitglieds endet.

Die im Rahmen der Abwesenheit nicht geleisteten Stunden werden nicht besoldet. Das Personalmitglied bezieht hierfür eine Entschädigung seitens der Krankenkasse. Das Personalmitglied befindet sich für die nicht geleisteten Stunden im nichtaktiven Dienst.

1.3. Anpassung der möglichen Dauer des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen (halbzeitige Wiederaufnahme)

Es wird vorgeschlagen, die Dauer des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen (halbzeitige Wiederaufnahme) anzupassen. Diese Urlaubsform ist definitiv ernannten oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern, die wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend sind und ihren Dienst im Umfang eines halben Stundenplans wieder aufnehmen möchten, zugänglich.

Die Dauer der halbzeitigen Wiederaufnahme beläuft sich momentan auf höchstens 30 Kalendertage. Nach Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung kann der Urlaub allerdings zwei Mal um jeweils weitere 30 Kalendertage verlängert werden. Die Gesamtdauer dieses Urlaubs darf demnach momentan 90 Tage, also dreimal 30 Tage, während eines Zeitraums von zehn Jahren nicht überschreiten. Dieser Zeitraum von zehn Jahren wird rückwirkend ab dem ersten Tag des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen berechnet.

Es wird vorgeschlagen, die Dauer dieses Urlaubs um 30 Tage zu erhöhen, so dass der Urlaub somit künftig während viermal 30 Tagen (also 120 Tagen) während eines Zeitraums von zehn Jahren aktiven Dienstes in Anspruch genommen werden darf.

1.4. Ausdehnung der stundenweisen Wiedereingliederung nach Krankheit auf zeitweilige Personalmitglieder

Alle definitiv ernannten beziehungsweise eingestellten Personalmitglieder, die während eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens drei Monaten wegen Krankheit oder

Gebrechen abwesend gewesen sind, haben die Möglichkeit, den Dienst auf ihren Antrag hin mit medizinischer Unterstützung und Beobachtung stundenweise wiederaufzunehmen.

Hierzu muss das Personalmitglied dem Kontrollarzt vorab eine entsprechende Bescheinigung des behandelnden Arztes vorlegen. Der Kontrollarzt und der Arbeitgeber entscheiden dann, ob sie einer stundenweisen Wiedereingliederung des Personalmitglieds zustimmen.

Die stundenweise Wiedereingliederung erfolgt auf Grundlage eines individuellen Einstiegsplans, der gemeinsam vom Personalmitglied, vom behandelnden Arzt, vom Kontrollarzt und vom Arbeitgeber aufgestellt wird. Die Wiedereingliederung erfolgt für mindestens zwei Unterrichts- beziehungsweise Arbeitsstunden. Eine progressive Veränderung (Erhöhung/Reduzierung) der Anzahl wöchentlicher Arbeitsstunden erfolgt in Absprache zwischen dem Personalmitglied, dem Arbeitgeber und dem Kontrollarzt.

Die Wiedereingliederung endet nach einer Zeitspanne von maximal sechs Monaten oder sobald das Personalmitglied den Dienst für mindestens die Hälfte eines vollen Stundenplans wieder aufnimmt. Ein vorzeitiger Abbruch der Wiedereingliederung kann auf Initiative des Personalmitglieds, des behandelnden Arztes, des Arbeitgebers oder des Kontrollarztes erfolgen.

Es wird vorgeschlagen, die stundenweise Wiedereingliederung künftig auch zeitweiligen Personalmitgliedern, die über mindestens 30 Krankheitstage verfügen, anwendbar zu machen. Gleichzeitig wird vorgesehen, dass bei zeitweiligen Personalmitgliedern die stufenweise Wiedereingliederung von Amts wegen endet, sobald sie über weniger als einen vollständigen Krankheitstag verfügen. Tritt dieser Fall ein, ist das zeitweilige Personalmitglied verpflichtet, seinen Dienst wieder vollständig oder – falls ihm die halbezeitige Wiederaufnahme dienstrechtlich zusteht – halbezeitig aufzunehmen. Sollte es dazu nicht in der Lage sein, ist es vollzeitig wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend und fällt zu Lasten der Krankenkasse.

1.5. *Kommentar zu den einzelnen Artikeln*

Artikel 2 Nummern 1 und 2 und **14 Nummern 1 und 2** legen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung sowie die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungssämtern zugänglich sind.

Artikel 16 und **17** legen im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung zum aktiven Dienst zählt und die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen zum nichtaktiven Dienst.

Artikel 18 und **19** legen im Statut der Religionslehrer fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung zum aktiven Dienst zählt und die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen zum nichtaktiven Dienst.

Artikel 20 erhöht die mögliche Dauer des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren von 90 Tage auf 120 Tage.

Artikel 21 hebt die im Rahmen des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen vorgesehene Ersatzregel für Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden, auf. Diese Regel ist nicht mehr erforderlich, da der vorübergehende Ersatz bei teilzeitiger Abwesenheit eines Personalmitglieds, das ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleidet, im Personalstatut geregelt wird.

Artikel 26 Nummern 1 und 2 und **39 Nummern 1 und 2** legen im Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung sowie die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungsamtern zugänglich sind.

Artikel 41 legt im Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens fest, dass die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen zum nichtaktiven Dienst zählt.

Artikel 42 ändert das Dekret vom 30. Juni 2003 dahingehend ab, dass ein zeitweiliges Personalmitglied zu Lasten der Krankenkasse fällt, wenn es wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend ist und ihm weniger als ein vollständiger Krankheitstag zur Verfügung steht. Diese Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund, dass im Rahmen des neu eingeführten Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung jeweils halbe oder Viertelkrankheitstage abgezogen werden.

Artikel 43 ändert das Dekret vom 30. Juni 2003 dahingehend ab, dass ein definitiv ernanntes Personalmitglied zur Disposition wegen Krankheit oder Gebrechen gestellt wird, wenn es wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend ist und ihm weniger als ein vollständiger Krankheitstag zur Verfügung steht. Diese Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund, dass im Rahmen des neu eingeführten Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung jeweils halbe oder Viertelkrankheitstage abgezogen werden.

Artikel 44 und **45** dehnen die stufenweise Wiedereingliederung in den Schulalltag auf zeitweilige Personalmitglieder, die über mindestens 30 Krankheitstage verfügen, aus. In ihrem Fall endet die stufenweise Wiedereingliederung von Amts wegen, sobald dem Personalmitglied weniger als ein vollständiger Krankheitstag zur Verfügung steht

Artikel 46 bis 48 legen im Dekret vom 30. Juni 2003 den Anwendungsbereich und die Modalitäten des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung fest.

Artikel 49 bis 51 legt im Dekret vom 30. Juni 2003 den Anwendungsbereich und die Modalitäten der Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen fest.

Artikel 52 fügt ein neues Kapitel über Vertraulichkeit und Datenschutz in das Dekret vom 30. Juni 2003 ein.

Artikel 53 legt die Vertraulichkeit der Daten fest.

Artikel 54 ermöglicht der Regierung in Ausführung des dekretalen Auftrags die Verarbeitung personenbezogener Daten. Dieser Artikel präzisiert, dass die Regierung im Sinne der Datenschutzverordnung hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten die

Verantwortliche für die Verarbeitung ist. Die Datenverarbeitung erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

Artikel 55 legt fest, dass für die Verarbeitung der Daten zur Gesundheit ausschließlich der Kontrollarzt verantwortlich ist.

Artikel 56 bestimmt die Datenkategorien.

Artikel 57 regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 58 ermöglicht, dass für Analyse- und Statistikzwecke auf anonymisierte Daten zurückgegriffen wird.

Artikel 59 sieht vor, dass die Regierung gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten festlegt.

Artikel 60 Nummern 1 und 2 und **68 Nummern 1 und 2** legen im Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung sowie die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungssämtern zugänglich sind.

Artikel 70 legt im Dienstrecht des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens fest, dass die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen zum nichtaktiven Dienst zählt.

Artikel 71 legt im Dienstrecht der autonomen Hochschule fest, dass die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen zum nichtaktiven Dienst zählt.

Artikel 72 und **73** legen im Dienstrecht der autonomen Hochschule fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung sowie die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen den Fachbereichsleitern und dem Direktor zugänglich sind.

Artikel 77 Nummern 1 und 2 legt im Dekret vom 25. Juni 2012 fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung sowie die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen den Personalmitgliedern der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration zugänglich sind.

Artikel 78 legt im Dienstrecht des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen fest, dass die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen zum nichtaktiven Dienst zählt.

Artikel 79 Nummern 1 und 2 legt im Dienstrecht des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen fest, dass der Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung sowie die Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungssämtern zugänglich sind.

2. Maßnahmen zur Gestaltung des Laufbahnendes in Leitungsfunktionen (Artikel 1, 2 Nummern 3 und 4, 3 bis 13, 14 Nummern 3 und 4, 15, 22 bis 26, 27 Nummern 3 und 4, 28 bis 38, 39 Nummern 3 und 4, 40, 61 Nummern 3 und 4, 61 bis 65, 66 Nummern 3 und 4, 67, 68 Nummern 3 und 4, 69, 74, 76, 77 Nummer 2, 79 Nummer 2 und 80)

Inkrafttreten: 1. September 2023

Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts im Unterrichtswesen bekleiden, haben bis auf einige wenige Ausnahmen kein Anrecht auf die Inanspruchnahme der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung (mit Ausnahme der Sonderformen), der Altersteilzeit und des halbzeitigen Vorruhestands. Lediglich der vollzeitige Vorruhestand und die vollzeitige Laufbahnunterbrechung sind ihnen zugänglich.

Bedingt durch die föderalen Reformen im Bereich der Pensionen ist in den letzten Jahren vermehrt von betroffenen Personalmitgliedern in Leitungsfunktionen die Forderung eingegangen, diese hierüber angeführten Urlaubsformen in angepasster Form Personalmitgliedern in Auswahl- und Beförderungsfunktionen zugänglich zu machen, nicht zuletzt mit dem Argument, dass dies die Möglichkeit bietet, einen Nachfolger entsprechend einzuweisen und einzuarbeiten.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden ein Modell zur Gestaltung des Laufbahnendes in Auswahl- und Beförderungsfunktionen im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgeschlagen. Dabei wurde versucht, zum einen die Interessen der betroffenen Personalmitglieder, zum anderen aber auch die Interessen des Schulträgers im Hinblick auf eine reibungslose und effektive Funktionsweise des Schulbetriebs zu berücksichtigen.

2.1. Gestaltung des Laufbahnendes in Auswahlämtern

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für folgende Auswahlämter:

- Unterdirektor/Provisor einer Regelschule
- Fachbereichsleiter (ZFP)
- Vollzeitig beschäftigter Werkstattdirektor einer Regel- oder Förderschule
- Koordinator eines Zentrums für Teilzeitunterricht
- Koordinator einer Time Out-Einrichtung
- Koordinator für Gesundheitswissenschaften, für psychosoziale Entwicklung oder für frühkindliche Entwicklung (Kaleido)
- Zweigstellenleiter (Kaleido)
- Leitender Verwaltungssekretär (Musikakademie).

Ein Personalmitglied, das eines der hierüber angeführten Ämter bekleidet und mindestens 58 Jahre alt ist, darf nachfolgende Urlaubsformen in Anspruch nehmen:

- Maximal 52 Monate vor dem frühestmöglichen Datum der Pensionierung darf das Personalmitglied während maximal zwei Schuljahren die **Altersteilzeit** (Reduzierung um 25%) oder eine **Laufbahnunterbrechung** von 20% in Anspruch nehmen. Spätestens nach Ablauf des zweiten Schuljahres wechselt das Personalmitglied in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand. Beide Urlaubsformen sind demzufolge unumkehrbar. Es sei darauf hingewiesen, dass die Altersteilzeit und der halbzeitige/vollzeitige Vorruhestand nur Personalmitgliedern zugänglich sind, die definitiv im Auswahlamt ernannt sind und mindestens 10 Dienstjahre (Altersteilzeit) beziehungsweise 15 Dienstjahre (halbzeitiger/vollzeitiger Vorruhestand) im Unterrichtswesen absolviert haben.

- Maximal 28 Monate vor dem frühestmöglichen Datum der Pensionierung darf das Personalmitglied während höchstens eines Schuljahres den **halbzeitigen Vorruhestand** in Anspruch nehmen. Nach Ablauf des Schuljahres wechselt das Personalmitglied in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand.
- Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, dass ein Personalmitglied, das während eines Schuljahres die Altersteilzeit oder die Laufbahnunterbrechung in Anspruch genommen hat, nach Ablauf eines Schuljahres in den halbzeitigen Vorruhestand wechselt und diesen während maximal eines Schuljahres in Anspruch nimmt, bevor es anschließend in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand wechselt.

Zusammengefasst sind in diesen Auswahlämtern somit vor der Pensionierung folgende Urlaubskonstellationen möglich:

- A) zwei Schuljahre Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
Höchstens 28 Monate vollzeitiger Vorruhestand
➔ Pensionierung
- B) zwei Schuljahre Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
➔ Pensionierung
- C) ein Schuljahr Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
ein Schuljahr halbzeitiger Vorruhestand
Höchstens 16 Monate vollzeitiger Vorruhestand
➔ Pensionierung
- D) ein Schuljahr Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
Höchstens 12 Monate halbzeitiger Vorruhestand
➔ Pensionierung
- E) ein Schuljahr halbzeitiger Vorruhestand
Höchstens 16 Monate vollzeitiger Vorruhestand
➔ Pensionierung
- F) Höchstens 12 Monate halbzeitiger Vorruhestand
➔ Pensionierung

Während der Altersteilzeit ist das Personalmitglied im Umfang von 75% einer Vollzeitbeschäftigung in dem betreffenden Auswahlamt tätig und bezieht 80% seines bisherigen Gehaltes. Während der 1/5-Laufbahnunterbrechung ist das Personalmitglied im Umfang von 80% einer Vollzeitbeschäftigung in dem betreffenden Auswahlamt tätig. Es bezieht in diesem Zeitraum 80% seines bisherigen Gehaltes zuzüglich einer monatlichen Zulage seitens des LfA-Onem. Während des halbzeitigen Vorruhestands ist das Personalmitglied im Umfang von 50% einer Vollzeitbeschäftigung in dem betreffenden Auswahlamt tätig und bezieht 75% seines bisherigen Gehalts.

Das betreffende Personalmitglied steigt somit über maximal zwei Schuljahre langsam aus dem Unterrichtswesen aus. Während der Beurlaubung wird ein vorübergehender Ersatz in Höhe der aufgegebenen Stunden (20%, 25% oder 50%) *ad interim* in dem betreffenden Auswahlamt eingestellt. Der Schulleiter ist für die Aufgabenverteilung zwischen dem Personalmitglied und seinem Ersatz zuständig. Sobald das Personalmitglied in den Vorruhestand oder Ruhestand wechselt, kann die Stelle in dem betreffenden Auswahlamt ausgeschrieben und langfristig neu besetzt werden.

2.2. Gestaltung des Laufbahnendes in Beförderungsämbtern

Die nachfolgende Regelung gilt für folgende Ämter:

- Regel- oder Fördergrundschulleiter
- Regel- oder Fördersekundarschulleiter
- Direktor des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
- Direktor der Musikakademie
- Internatsverwalter
- Leiter der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration
- Schulinspektor, Schulentwicklungsberater, Referent für Inklusion und Integration

Ein Personalmitglied, das eines der hierüber angeführten Ämter bekleidet und mindestens 58 Jahre alt ist, darf maximal 52 Monate vor dem frühestmöglichen Datum der Pensionierung während höchstens zwei Schuljahren die **Altersteilzeit** (Reduzierung um 25%) oder eine **Laufbahnunterbrechung von 20%** in Anspruch nehmen. Spätestens nach Ablauf des zweiten Schuljahres wechselt das Personalmitglied in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand (beide Urlaubsformen sind demzufolge unumkehrbar). Es sei darauf hingewiesen, dass die Altersteilzeit und der vollzeitige Vorruhestand nur Personalmitgliedern zugänglich sind, die definitiv im Beförderungsamte ernannt sind und mindestens 10 Dienstjahre (Altersteilzeit) beziehungsweise 15 Dienstjahre (vollzeitiger Vorruhestand) im Unterrichtswesen absolviert haben.

Zusammengefasst sind in diesen Beförderungsämbtern somit vor der Pensionierung folgende Urlaubskonstellationen möglich:

- A) zwei Schuljahre Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
Höchstens 28 Monate vollzeitiger Vorruhestand
→ Pensionierung
- B) zwei Schuljahre Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
→ Pensionierung
- C) ein Schuljahr Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
Höchstens 28 Monate vollzeitiger Vorruhestand
→ Pensionierung
- D) ein Schuljahr Altersteilzeit oder Ein-Fünftel-LBU
→ Pensionierung

Während der Altersteilzeit ist das Personalmitglied im Umfang von 75% einer Vollzeitbeschäftigung in dem betreffenden Beförderungsamte tätig und bezieht 80% seines bisherigen Gehaltes. Während der Ein-Fünftel-Laufbahnunterbrechung ist das Personalmitglied im Umfang von 80% einer Vollzeitbeschäftigung in dem betreffenden Beförderungsamte tätig. Es bezieht in diesem Zeitraum 80% seines bisherigen Gehaltes zuzüglich einer monatlichen Zulage seitens des LfA-Onem.

Sonderregelung für Grundschulleiter, die auf Grund der Schülerzahl Unterricht erteilen müssen: Bei Schulleitern, die nicht vollständig von ihrer Lehrtätigkeit befreit sind, wird die Beurlaubung auf die zu leistenden Unterrichtsstunden gelegt.

Das betreffende Personalmitglied steigt somit über maximal zwei Schuljahre langsam aus dem Unterrichtswesen aus.

Da Beförderungsämter unteilbar sind, erfolgt der vorübergehende Ersatz in einem der folgenden Anwerbungs- oder Auswahlämter:

- Regel- oder Fördergrundschulleiter: Bei Schulleitern, die vollständig von ihrer Lehrtätigkeit befreit sind, erfolgt der Ersatz im Auswahlamt des beigeordneten Direktors beziehungsweise des beigeordneten Hauptlehrers. Dieses Auswahlamt wird neu geschaffen. Die für dieses Amt gültigen Modalitäten im Hinblick auf die Zulassungs-, Anwerbungs- und Bezeichnungsbedingungen entsprechen den Modalitäten wie sie für das Amt des Unterdirektors im Sekundarschulwesen gelten, d.h. zugelassen sind sowohl im Unterrichtswesen tätige Personalmitglieder als auch externe Personen, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades (Bachelordiplom) verfügen und die Unterrichtssprache gründlich beherrschen. Die Besoldung des beigeordneten Schulleiters erfolgt auf Grundlage der Gehaltstabelle 502 (Erlasskode 422).
Bei Schulleitern, die nicht vollständig von ihrer Lehrtätigkeit befreit sind, erfolgt der vorübergehende Ersatz im Amt des Primarschullehrers.
- Regel- oder Fördersekundarschulleiter: Der Ersatz erfolgt im Auswahlamt des Unterdirektors/Provisors.
- Direktor des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen: Der Ersatz erfolgt im Anwerbungsamt des Referenten.
- Direktor der Musikakademie: Der Ersatz erfolgt im Auswahlamt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie. Dieses Auswahlamt wird neu geschaffen. Die für dieses Amt gültigen dienst- und besoldungsrechtlichen Modalitäten entsprechen den Modalitäten wie sie für das Amt des Unterdirektors im Sekundarschulwesen gelten, d.h. zugelassen sind sowohl im Unterrichtswesen tätige Personalmitglieder als auch externe Personen, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades (Bachelordiplom) verfügen und die Unterrichtssprache gründlich beherrschen.
- Internatsverwalter: Der Ersatz erfolgt im Anwerbungsamt des Aufseher-Erziehers eines Internates.

Diese Ersatzregelung gilt fortan ebenfalls, wenn der Schulleiter/Direktor infolge von Krankheit im Rahmen einer ihm zugänglichen Urlaubsform teilweise arbeitet oder wenn er eine teilweise Sonderform der Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt.

Die Mitglieder der Schulinspektion können zwar die Altersteilzeit von 25% und die teilweise Laufbahnunterbrechung von 20% zum Laufbahnende in Anspruch nehmen. Da ihre Anwerbung allerdings im Rahmen eines strikten Eignungsfeststellungsverfahrens erfolgt, ist in diesen Ämtern kein vorübergehender Ersatz möglich.

Der Ersatz wird *ad interim* entsprechend für 20% oder 25% in dem betreffenden Anwerbungs- oder Auswahlamt eingestellt. Diese zusätzliche Viertel- oder Fünftelstelle im Anwerbungs- beziehungsweise Auswahlamt wird nicht strukturell geschaffen, d.h. sie fällt weg, sobald das Personalmitglied im Beförderungsamt in den Vorruhestand oder in Pension geht. Der vorübergehende Ersatz hat keinen direkten Anspruch auf die Nachfolge. Er kann sich allerdings auf die im Nachhinein ausgeschriebene Stelle im Beförderungsamt bewerben.

2.3. *Kommentar zu den einzelnen Artikeln*

Artikel 1 schafft das Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule und das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule sowie das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968. Beide Ämter werden als Auswahlamt in der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals angesiedelt.

Artikel 2 Nummer 3 und **14 Nummer 3** nehmen Textkorrekturen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 (GUW-Statut) vor. Es handelt sich um die Korrektur eines fehlerhaften Verweises.

Artikel 2 Nummer 4 und **Artikel 3 bis 8** legen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 fest, dass Fachbereichsleiter, Unterdirektoren, vollzeitig beschäftigte Werkstattleiter, Koordinatoren eines Zentrums für Teilzeitunterricht und Koordinatoren einer Time Out-Einrichtung, die mindestens 58 Jahre alt sind, nachfolgende Urlaubsformen in Anspruch nehmen dürfen:

- Maximal 52 Monate vor dem frühestmöglichen Datum der Pensionierung darf das Personalmitglied während höchstens zwei Schuljahren die **Altersteilzeit** (Reduzierung um 25%) oder eine **Laufbahnunterbrechung** von 20% in Anspruch nehmen. Spätestens nach Ablauf des zweiten Schuljahres wechselt das Personalmitglied in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand (beide Urlaubsformen sind demzufolge unumkehrbar).
- Maximal 28 Monate vor dem frühestmöglichen Datum der Pensionierung darf das Personalmitglied während höchstens eines Schuljahres den **halbzeitigen Vorruhestand** in Anspruch nehmen. Nach Ablauf des Schuljahres wechselt das Personalmitglied in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand.
- Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, dass ein Personalmitglied, das während eines Schuljahres die Altersteilzeit oder die Laufbahnunterbrechung in Anspruch genommen hat, nach Ablauf eines Schuljahres in den halbzeitigen Vorruhestand wechselt und diesen während maximal eines Schuljahres in Anspruch nimmt, bevor es anschließend in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand wechselt.

Die **Artikel 9, 10** und **11** legen im Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens die dienstrechtlichen Bestimmungen für das neugeschaffene Auswahlamt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule fest. Die für dieses Amt gültigen Modalitäten im Hinblick auf die Zulassungs-, Anwerbungs- und Bezeichnungsbedingungen entsprechen den Modalitäten wie sie für das Amt des Fachbereichsleiters im Förderschulwesen oder für das Amt des Unterdirektors im Sekundarschulwesen gelten, d.h. zugelassen sind sowohl im Unterrichtswesen tätige Personalmitglieder als auch externe Personen, die mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades (Bachelordiplom) verfügen und die Unterrichtssprache gründlich beherrschen. Die Besoldung des beigeordneten Schulleiters erfolgt auf Grundlage der Gehaltstabelle 502 (Erlasskode 422).

Die **Artikel 12** und **13** legen im Statut des Gemeinschaftsunterrichtswesens die dienstrechtlichen Bestimmungen für das neugeschaffene Auswahlamt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie fest. Die für dieses Amt gültigen dienst- und besoldungsrechtlichen Modalitäten entsprechen den Modalitäten wie sie für das Amt des Unterdirektors im Sekundarschulwesen gelten.

Die **Artikel 14 Nummer 4** und **15** legen im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 fest, dass Regel- und Fördersekundarschulleiter sowie Internatsverwalter, die mindestens 58

Jahre alt sind, maximal 52 Monate vor dem frühestmöglichen Datum der Pensionierung während höchstens zwei Schuljahren die **Altersteilzeit** (Reduzierung um 25%) oder eine **Laufbahnunterbrechung von 20%** in Anspruch nehmen dürfen. Spätestens nach Ablauf des zweiten Schuljahres wechselt das Personalmitglied in den vollzeitigen Vorruhestand oder in den Ruhestand (beide Urlaubsformen sind demzufolge unumkehrbar).

Bei Grundschulleitern, die nicht vollständig von ihrer Lehrtätigkeit befreit sind, wird die Beurlaubung auf die zu leistenden Unterrichtsstunden gelegt.

Da Beförderungsämtler unteilbar sind, erfolgt der vorübergehende Ersatz in einem der folgenden Auswahl- beziehungsweise Anwerbungsämter:

- Regel- oder Fördergrundschulleiter: Bei Schulleitern, die vollständig von ihrer Lehrtätigkeit befreit sind, erfolgt der Ersatz im Auswahlamt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule. Bei Schulleitern, die nicht vollständig von ihrer Lehrtätigkeit befreit sind, erfolgt der vorübergehende Ersatz im Amt des Primarschullehrers.
- Regel- oder Fördersekundarschulleiter: Der Ersatz erfolgt im Auswahlamt des Unterdirektors/Provisors.
- Internatsverwalter: Der Ersatz erfolgt im Anwerbsamt des Aufseher-Erziehers eines Internates.

Diese Ersatzregelung gilt fortan ebenfalls, wenn der Schulleiter oder Internatsverwalter infolge von Krankheit im Rahmen einer ihm zugänglichen Urlaubsform teilweise arbeitet oder wenn er eine teilweise Sonderform der Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt.

Artikel 22 legt im Königlichen Erlass vom 27. Juni 1974 fest, dass beigeordnete Hauptlehrer einer Primarschule und beigeordnete Direktoren einer autonomen Primarschule auf Grundlage der Gehaltstabelle 422 besoldet werden.

Artikel 24 Nummer 1 legt im Königlichen Erlass Nr. 297 vom 31. März 1984 fest, dass die Altersteilzeit fortan auch Personalmitgliedern in Beförderungsämtlern zugänglich ist.

Artikel 23 und 24 Nummer 2 fügen im Königlichen Erlass Nr. 297 vom 31. März 1984 eine Übergangsbestimmung ein. Personalmitglieder in Auswahl- und Beförderungsämtlern, denen ab dem 1. September 2023 die Altersteilzeit oder der teilweise Vorruhestand zugänglich gemacht wird, können ihren Urlaubsantrag bis spätestens 15. Juli 2023 einreichen, insofern sie eine der beiden Urlaubsformen ab dem 1. September 2023 beanspruchen möchten.

Artikel 25 fügt in den Erlass der Regierung vom 9. November 1994 eine Übergangsbestimmung ein. Personalmitglieder in Auswahl- und Beförderungsämtlern, denen ab dem 1. September 2023 eine Laufbahnunterbrechung von 20% zugänglich gemacht wird, können ihren Urlaubsantrag bis spätestens 15. Juli 2023 einreichen, insofern sie diese Urlaubsformen ab dem 1. September 2023 beanspruchen möchten.

Seit Verabschiedung des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren hat sich die Rechtsprechung des Staatsrates wie auch die des Verfassungsgerichtshofes dahingehend verändert, dass diese Regelungen als wesentlich zu betrachten sind und nur vom Parlament verabschiedet werden können. Aufgrund dieser veränderten Rechtsprechung werden seitdem alle Anpassungen dieses Erlasses per Dekret vorgenommen.

Artikel 26 bestimmt, dass der Auftrag des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule oder eines beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule dem des

Schulleiters entspricht und dass der Schulleiter, dem er beigeordnet ist, für die Aufgabenverteilung zwischen dem Schulleiter und dessen Ersatz zuständig ist.

Artikel 27 Nummer 3 und 39 Nummer 3 nehmen eine Textkorrektur im Dekret vom 14. Dezember 1998 (FSU-Statut) vor. Es handelt sich um die Korrektur eines fehlerhaften Verweises.

Artikel 27 Nummer 4, 28 bis 38, 39 Nummer 4 und 40 nehmen dieselben dienstrechtlichen Anpassungen für die jeweiligen Auswahl- und Beförderungsämters im Statut des freien subventionierten Unterrichtswesens vor (Dekret vom 14. Dezember 1998).

Artikel 60 Nummer 3, 66 Nummer 3 und 68 Nummer 3 nehmen eine Textkorrektur im Dekret vom 29. März 2004 (OSU-Statut) vor. Es handelt sich um die Korrektur eines fehlerhaften Verweises.

Artikel 60 Nummer 4, 61 bis 65, 66 Nummer 4, 67, 68 Nummer 4 und 69 nehmen dieselben dienstrechtlichen Anpassungen für die jeweiligen Auswahl- und Beförderungsämters im Statut des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens vor (Dekret vom 29. März 2004). Für das Amt des Leiters einer Kunstakademie gilt, dass der Ersatz bei teilzeitiger Abwesenheit im Auswahlamt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie erfolgt.

Artikel 74 legt im Dienstrecht der autonomen Hochschule (Dekret vom 27. Juni 2005) fest, dass ein Direktor, der auf Grund einer Urlaubsform teilzeitig abwesend ist, im Amt des Referenten ersetzt wird.

Artikel 76 bestimmt, dass der Auftrag des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie dem des Leiters einer Kunstakademie entspricht und dass der Leiter der Kunstakademie, dem er beigeordnet ist, für die Aufgabenverteilung zwischen dem Leiter der Kunstakademie und dessen Ersatz zuständig ist.

Artikel 77 Nummer 2 nimmt dieselben dienstrechtlichen Anpassungen für das Amt des Leiters der Schulinspektion, der Schulentwicklungsberatung und der Schulberatung für Inklusion und Integration sowie für die Ämter des Schulentwicklungsberaters, des Schulinspektors und des Referenten für Inklusion und Integration im Dekret vom 25. Juni 2012 vor. Da es sich bei diesen Ämtern um Beförderungsämters handelt, werden ihnen dieselben Urlaubsformen zugänglich gemacht wie den Schulleitern.

Artikel 79 Nummer 2 und 80 nehmen dieselben dienstrechtlichen Anpassungen für das Amt des Direktors, des Koordinators und des Zweigstellenleiters im Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vor. Für das Amt des Direktors gilt, dass der Ersatz bei teilzeitiger Abwesenheit im Amt des Referenten erfolgt.

3. Erhöhung des Urlaubsgelds für die Personalmitglieder der Stufe I (Artikel 75)

Inkrafttreten: 1. Januar 2024

Die Regierung schlägt vor, das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder der Stufe I ab dem Jahr 2024 von 80% auf 85% des Bruttogehalts anzuheben. Es handelt sich hierbei um die Umsetzung einer im Sektorenabkommen 2019-2024 vorgesehenen Maßnahme. Damit

beläuft sich das Urlaubsgeld ab 2024 für die Personalmitglieder der Stufen I und II+ auf 85% und für die Personalmitglieder der Stufen II, III und IV auf 92%.

Artikel 75 ändert das Dekret vom 21. April 2008 ab und führt den Prozentsatz von 85% für die Stufe I ein.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

DEKRETVORENTWURF

Dekretvorentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Wohlbefindens des Personals im Unterrichtswesen

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Artikel 1 – Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe B) Buchstabe b) wird folgende Nummer 6.1. eingefügt:
„6.1. beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule oder beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule“;
2. Buchstabe G) Buchstabe b) wird wie folgt ersetzt:
„b) Auswahlämter
30. Beigeordneter Leiter einer Kunstakademie“
3. In Buchstabe G) wird folgender Buchstabe c) eingefügt:
„c) Beförderungsämter
31. Leiter einer Kunstakademie“

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 2 – Artikel 91octies des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben o) und p) eingefügt:
„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,
p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“
3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.
4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:
„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von

mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, nachfolgende Formen der Zurdispositionstellung in Anspruch zu nehmen:

1. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 2 angeführte Form der halbbeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

2. während höchstens eines Schuljahres eine halbbeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 §1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der halbbeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. kann diese teilzeitige Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 3 Nummer 2 angeführte Form der halbbeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandeln, insofern er die in Absatz 3 Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

3. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 3 – In Artikel 91quaterdecies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „91octies §§1 und 2“ durch die Wortfolge „91octies §1 und §2 Absätze 1 und 2“ ersetzt.

Art. 4 – In Artikel 91triciester Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Satz eingefügt:

„Artikel 91octies §2 Absätze 3 und 4 findet nur Anwendung auf Werkstattleiter, die dieses Amt im Rahmen eines vollen Stundenplans bekleiden.“

Art. 5 – In Artikel 91undequadrages desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „91octies §1 Absatz 1 und §2“ durch die Wortfolge „91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 6 – In Artikel 91quadragesquinquies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird das Wort „91nonies“ durch die Wortfolge „91septies, 91octies §1 und §2 Absätze 1 und 2, 91nonies“ ersetzt.

Art. 7 – In Artikel 91quadragessexies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „91octies §1 Absatz 1 und §2“ durch die Wortfolge „91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 8 – In Artikel 91quintagiessemel Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Wortfolge „91octies §1 Absatz 1 und §2“ durch die Wortfolge „91octies §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 9 – In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2022, wird folgendes Kapitel VIIterdecies, das die Artikel 91quintagiesquinquies bis 91quintagiessexies umfasst, eingefügt:

„KAPITEL VIIterdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR BEIGEORDNETE HAUPTLEHRER EINER PRIMARSCHULE“

Art. 10 – In das Kapitel VIIterdecies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91quintagiesquinquies eingefügt:

„Art. 91quintagiesquinquies – Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 91quater bis 91nonies und 91undecies bis 91terdecies finden Anwendung auf das Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule.“

Art. 11 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quintagiessexies eingefügt:

„Art. 91quintagiessexies – Gehalt und Prämie

§1 - Während der Bezeichnung als beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422.

§2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in §2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der beigeordnete Hauptlehrer einer Primarschule nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 12 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2022, wird folgendes Kapitel VIIquaterdecies, das den Artikel 91quintagiessepties umfasst, eingefügt:

„KAPITEL VIIquaterdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR BEIGEORDNETE LEITER EINER KUNSTAKADEMIE“

Art. 13 – In das Kapitel VIIquaterdecies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91quintagiessepties eingefügt:

„Art. 91quintagiessepties – Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie anhand einer Bezeichnung und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe, der im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 14 – Artikel 121septies §1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben o) und p) eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Die Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Urlaubsform ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 15 – Artikel 121octies §1 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Wenn der Schulleiter aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilweise abwesend ist, kann der Schulträger ihn wie folgt vorübergehend ersetzen:

1. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule durch eine Person, die die in Artikel 91quater Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt;

2. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des Primarschullehrers;

3. Handelt es sich um einen Sekundarschulleiter, erfolgt der Ersatz im Amt des Provisors durch eine Person, die die in Artikel 91quater Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt;

4. Handelt es sich um einen Internatsverwalter, erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internats.“

Art. 16 – Artikel 160 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe o) wird eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung.“

Art. 17 – Artikel 161 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 1983, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe d) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe e) wird eingefügt:

„e) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 18 – Artikel 40 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe k) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe l) wird eingefügt:

„l) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung.“

Art. 19 – Artikel 42 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe c) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgender Buchstabe d) wird eingefügt:
„d) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 20 – Artikel 21 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens wird wie folgt ersetzt:

„Art. 21 – Die Gesamtdauer des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen darf während eines Zeitraums von zehn Jahren aktiven Dienstes 120 Tage nicht überschreiten.“

Art. 21 – Artikel 22.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird aufgehoben.

KAPITEL 5 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 27. JUNI 1974 ZUR FESTLEGUNG DER DIENSTPOSTENTABELLEN, DIE AB DEM 1. APRIL 1972 FÜR DIE MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS UND DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN UNTERRICHTSEINRICHTUNGEN, FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER INSPEKTION DIESER EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES UND FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES DER FERNKURSE UND DES SUBVENTIONIERTEN PRIMARSCHULWESENS GELTEN, UND ZUR FESTLEGUNG DER BESOLDUNGSGRUPPEN FÜR DAS PERSONAL DER STAATLICHEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 22 – In Artikel 2 Kapitel B) des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgende Nummer 6.1. eingefügt:

„6.1. beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule oder beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule..... 422“

KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 297 VOM 31. MÄRZ 1984 ÜBER DIE PLANSTELLEN, GEHÄLTER, GEHALTSSUBVENTIONEN UND DIE URLAUBE WEGEN VERKÜRZTER DIENSTLEISTUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PMS-ZENTREN

Art. 23 – In Artikel 10 §1 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter

Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Absatz 9 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 6 können Personalmitglieder, die ein Auswahlamt bekleiden und denen die Zurdispositionstellung vor dem 1. September 2023 nicht zugänglich ist, den Antrag bis zum 15. Juli einreichen, wenn sie die Zurdispositionstellung zum 1. September 2023 in Anspruch nehmen möchten.“

Art. 24 – Artikel 10bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird die Wortfolge „oder Auswahlamt“ durch die Wortfolge „ , Auswahl- oder Beförderungsamts“ ersetzt.

2. In §3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 können Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden und denen die Zurdispositionstellung vor dem 1. September 2023 nicht zugänglich ist, den Antrag bis zum 15. Juli einreichen, wenn sie die Zurdispositionstellung zum 1. September 2023 in Anspruch nehmen möchten.“

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 25 – In Artikel 6 §1 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 können Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden und denen die teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung vor dem 1. September 2023 nicht zugänglich ist, den Antrag bis zum 15. Juli einreichen, wenn sie diese Form der Laufbahnunterbrechung zum 1. September 2023 in Anspruch nehmen möchten.“

KAPITEL 8 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 26 – In Artikel 96 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Der Auftrag eines beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule oder eines beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule entspricht dem in Absatz 1 angeführten Auftrag und umfasst die Aufgaben, die ihm der Schulleiter zuweist, dem er beigeordnet ist.“

KAPITEL 9 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 27 – Artikel 62.7 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben o) und p) eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv eingestellten Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, nachfolgende Formen der Zurdispositionstellung in Anspruch zu nehmen:

1. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 2 angeführte Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

2. während höchstens eines Schuljahres eine halbzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 §1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige

Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. kann diese teilzeitige Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 3 Nummer 2 angeführte Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandeln, insofern er die in Absatz 3 Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

3. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 28 – In Artikel 62.13 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Wortfolge „62.7 §§1 und 2“ durch die Wortfolge „62.7 §1 und §2 Absätze 1 und 2“ ersetzt.

Art. 29 – In Artikel 62.31 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Satz eingefügt:

„Artikel 62.7 §2 Absätze 3 und 4 findet nur Anwendung auf Werkstattleiter, die dieses Amt im Rahmen eines vollen Stundenplans bekleiden.“

Art. 30 – In Artikel 62.37 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „62.7 §1 Absatz 1 und §2“ durch die Wortfolge „62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 31 – In Artikel 62.43 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird das Wort „62.8“ durch die Wortfolge „62.6, 62.7 §1 und §2 Absätze 1 und 2, 62.8“ ersetzt.

Art. 32 – In Artikel 62.44 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Wortfolge „62.7 §1 Absatz 1 und §2“ durch die Wortfolge „62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 33 – In Artikel 62.49 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Wortfolge „62.7 §1 Absatz 1 und §2“ durch die Wortfolge „62.7 §1 Absatz 1 und §2 Absatz 1“ ersetzt.

Art. 34 – In den Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVterdecies, das die Artikel 62.53 und 62.54 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL IVterdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR BEIGEORDNETE DIREKTOREN EINER AUTONOMEN PRIMARSCHULE“

Art. 35 – In das Kapitel IVterdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.53 eingefügt:

„Art. 62.53 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.3 bis 62.8 und 62.10 bis 62.12 finden Anwendung auf das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule.“

Art. 36 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.54 eingefügt:
„Art. 62.54 – *Gehalt und Prämie*

§1 - Während der Bezeichnung als beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422.

§2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 - Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in §2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der beigeordnete Direktor einer autonomen Primarschule nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 37 - In den Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVquaterdecies, das den Artikel 62.55 umfasst, eingefügt:
„KAPITEL IVquaterdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR BEIGEORDNETE LEITER EINER KUNSTAKADEMIE“

Art. 38 – In das Kapitel IVquaterdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.55 eingefügt:

„Art. 62.55 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie anhand einer Bezeichnung und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe, der im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 39 – Artikel 69.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben o) und p) eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv eingestellten Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Die Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das

Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Urlaubsform ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 40 - Artikel 69.7 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Wenn der Stelleninhaber aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn wie folgt vorübergehend ersetzen:

1. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des beigeordneten Direktors einer autonome Primarschule durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt;

2. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des Primarschullehrers;

3. Handelt es sich um einen Sekundarschulleiter, erfolgt der Ersatz im Amt des Unterdirektors durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt;

4. Handelt es sich um einen Internatsverwalter, erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internats.“

Art. 41 – Artikel 75 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

KAPITEL 10 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 42 - Artikel 11.11 Absatz 2 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt ersetzt:

„Steht dem zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitglied, das wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend ist, in Anwendung des vorliegenden Kapitels weniger als ein vollständiger Urlaubstag zur Verfügung, fällt es zulasten der Krankenkasse bis zu dem Tag, an dem es seinen Dienst wieder vollständig aufnimmt.“

Art. 43 – In Artikel 11.13 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge „die ihm gemäß vorliegendem Kapitel zur Verfügung stehenden Urlaubstage aufgebraucht hat“ durch die Wortfolge „dem in Anwendung des vorliegenden Kapitels weniger als ein vollständiger Urlaubstag zur Verfügung steht“ ersetzt.

Art. 44 – In Artikel 11.18 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Satz eingefügt:

„Vorliegendes Kapitel findet ebenfalls Anwendung auf die in Artikel 11.1 angeführten Personalmitglieder, die zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind und über mindestens 30 Krankheitstage verfügen.“

Art. 45 – In Artikel 11.19 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Unbeschadet des vorherigen Absatzes endet die Wiedereingliederung bei zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern, sobald dem Personalmitglied weniger als ein vollständiger Krankheitstag zur Verfügung steht.“

Art. 46 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel III.3, das die Artikel 11.20 und 11.21 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III.3 – URLAUB WEGEN VERRINGERTER DIENSTLEISTUNGEN ZUR BERUFLICHEN WIEDEREINGLIEDERUNG IM ANSCHLUSS AN EINE LANGZEITERKRANKUNG“

Art. 47 – In das Kapitel III.3 desselben Dekrets, wird folgender Artikel 11.20 eingefügt:

„Art. 11.20 – Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die in Artikel 11.1 angeführten Personalmitglieder, die für mehr als die Hälfte eines vollen Stundenplans definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt oder zeitweilig bezeichnet beziehungsweise eingestellt sind.

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Kontrollarzt den Arzt, der in Anwendung von Artikel 3 des Dekrets vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren zuständig ist.“

Art. 48 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.21 eingefügt:

„Art. 11.21 – Ein Personalmitglied, das während eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens 42 Kalendertagen wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend gewesen ist und über mindestens 30 Krankheitstage verfügt, kann den Dienst auf seinen Antrag hin teilweise wiederaufnehmen, insofern es dem Kontrollarzt eine entsprechende Bescheinigung des behandelnden Arztes sowie einen vom behandelnden Arzt erstellten Wiedereingliederungsplan vorlegt und sowohl der Kontrollarzt als auch der Schulträger ihr Einverständnis zur beruflichen Wiedereingliederung erteilen. Verweigert der Kontrollarzt und beziehungsweise oder der Schulträger die Genehmigung, begründet er seine Entscheidung.

Der Wiedereingliederungsplan beinhaltet mindestens folgende Elemente:

1. den Prozentsatz des vom Personalmitglied während der Wiedereingliederungsperiode zu leistenden wöchentlichen Stundenumfangs;
2. das Anfangs- und das Enddatum der jeweiligen Wiedereingliederungsperiode;
3. das Datum, an dem das Personalmitglied voraussichtlich wieder in der Lage ist, seinen Dienst vollständig wiederaufzunehmen.

Während der Wiedereingliederung leistet das Personalmitglied mindestens die Hälfte eines vollen Stundenplans. Ergibt der Bruch der Verringerung keine ganze Zahl, wird bei Personalmitgliedern der Kategorie des Lehrpersonals mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und des an der autonomen Hochschule beschäftigten Lehrpersonals bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet.

Die Wiedereingliederungsperiode beläuft sich auf eine Zeitspanne von mindestens einem und maximal drei Monaten. Auf Vorschlag des behandelnden Arztes und mit Einverständnis des Kontrollarztes und des Schulträgers kann die Wiedereingliederungsperiode beliebig oft um weitere Zeitspannen von jeweils maximal drei Monaten verlängert werden, insofern dem

Personalmitglied genügend Krankheitstage zur Verfügung stehen, um diese Zeitspannen gemäß Absatz 6 abzudecken. Eine Veränderung des Prozentsatzes des vom Personalmitglied zu leistenden wöchentlichen Stundenumfangs erfolgt auf Vorschlag des behandelnden Arztes jeweils ab Beginn einer Verlängerung der Wiedereingliederungsperiode.

Das Personalmitglied, das seinen Dienst in Anwendung von Absatz 1 teilweise wiederaufnimmt, befindet sich für die nicht geleisteten Stunden in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung. Der Urlaub wird besodet und dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Während des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung wird dem Personalmitglied, das mindestens 75% eines vollen Stundenplans leistet, pro Kalendertag ein Viertelkrankheitstag abgezogen. Einem Personalmitglied, das während des Urlaubs weniger als 75% eines vollen Stundenplans leistet, wird pro Kalendertag ein halber Krankheitstag abgezogen.

In Abweichung von Absatz 6 werden einem Personalmitglied, das den vorliegenden Urlaub im Anschluss an einen Arbeitsunfall, einen Unfall auf dem Arbeitsweg oder eine Berufskrankheit mit dem Einverständnis des Verwaltungsgesundheitsdienstes in Anspruch nimmt, während des Urlaubs keine Krankheitstage abgezogen.

Ein vorzeitiger Abbruch der Wiedereingliederung kann auf Initiative des Personalmitglieds, des behandelnden Arztes oder des Kontrollarztes erfolgen.

Der Urlaub endet in folgenden Fällen von Amts wegen:

1. wenn das Personalmitglied in Anwendung von Artikel 11.11 zu Lasten der Krankenkasse fällt oder in Anwendung von Artikel 11.13 zur Disposition wegen Krankheit oder Gebrechen gestellt wird;
2. wenn der Kontrollarzt und beziehungsweise oder der Schulträger der gemäß Absatz 4 beantragten Verlängerung der Wiedereingliederungsperiode nicht stattgibt;
3. wenn die zeitweilige Bezeichnung beziehungsweise Einstellung des Personalmitglieds endet oder die definitive Ernennung beziehungsweise Einstellung des Personalmitglieds beendet wird.“

Art. 49 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel III.4, das die Artikel 11.22 und 11.23 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III.4 – ABWESENHEIT WEGEN VERRINGERTER DIENSTLEISTUNGEN WEGEN KRANKHEIT ODER GEBRECHEN“

Art. 50 – In das Kapitel III.4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 11.22 eingefügt:

„Art. 11.22 – Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die in Artikel 11.1 angeführten Personalmitglieder, die zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind.“

Art. 51 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.23 eingefügt:

„Art. 11.23 – Ein zeitweilig bezeichnetes oder eingestelltes Personalmitglied, das wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend ist und sich in Anwendung von Artikel 11.11 Absatz 2 zu Lasten der Krankenkasse befindet, kann den Dienst auf seinen Antrag hin und mit Genehmigung des Vertrauensarztes der Krankenkasse teilweise wiederaufnehmen, insofern es dem Schulträger die vom Vertrauensarzt ausgestellte Genehmigung vorlegt, aus der der Prozentsatz des vom Personalmitglied zu leistenden Stundenumfangs sowie das Anfangs- und das Enddatum der Teilzeitbeschäftigung hervorgehen, und der Schulträger sein Einverständnis zur teilzeitigen Wiederaufnahme des Dienstes erteilt. Verweigert der Schulträger sein Einverständnis, begründet er seine Entscheidung. Die Teilzeitbeschäftigung kann mit

entsprechender Genehmigung des Vertrauensarztes und mit Einverständnis des Schulträgers um weitere Zeitspannen verlängert werden.

Das Personalmitglied, das seinen Dienst in Anwendung von Absatz 1 teilweise wiederaufnimmt, befindet sich für die nicht geleisteten Stunden in einer Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen. Die Abwesenheit wird nicht besoldet und dem nichtaktiven Dienst zugeordnet.

Die Abwesenheit endet von Amts wegen, wenn die zeitweilige Bezeichnung beziehungsweise Einstellung des Personalmitglieds endet.“

Art. 52 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel III.5, das die Artikel 11.24 bis 11.31 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III.5 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ“

Art. 53 – In das Kapitel III.5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 11.24 eingefügt:

„Art. 11.24 – Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 54 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.25 eingefügt:

„Art. 11.25 – Unbeschadet des Artikels 11.26 gilt die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 11.26 angeführten personenbezogenen Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der im vorliegenden Dekret aufgeführten Aufgaben. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.“

Art. 55 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.26 eingefügt:

„Art. 11.26 – Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung des Kontrollarztes statt, der in Anwendung von Artikel 3 des Dekrets vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinischen-Sozialen Zentren zuständig ist.“

Art. 56 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.27 eingefügt:

„Art. 11.27 – Für die Ausführung ihrer Aufträge gemäß Artikel 11.25 Absatz 2 können die Regierung und die anderen an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligten Personen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität, zum Geburtsdatum und Kontaktangaben;
2. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
3. Daten zur Gesundheit.

Die Regierung kann die Datenkategorien präzisieren.“

Art. 57 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.28 eingefügt:

„Art. 11.28 – Die in Artikel 11.27 angeführten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, höchstens 30 Jahre aufbewahrt.“

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.“

Art. 58 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.29 eingefügt:

„Art. 11.29 – Die Regierung greift zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte Daten zurück.“

Art. 59 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.31 eingefügt:

„Art. 11.31 – Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.“

KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 60 – Artikel 56.6 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe m) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben n) und o) eingefügt:

„n) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

o) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv eingestellten Leitenden Verwaltungssekretär, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, nachfolgende Formen der Zurdispositionstellung in Anspruch zu nehmen:

1. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leitender Verwaltungssekretär, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 2 angeführte Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von 2 Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

2. während höchstens eines Schuljahres eine halbzzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 §1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Leitender Verwaltungssekretär, der die vorliegende Form der halbzzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Leitenden Verwaltungssekretär, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leitender Verwaltungssekretär, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. kann diese teilzeitige Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 3 Nummer 2 angeführte Form der halbzzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandeln, insofern er die in Absatz 3 Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

3. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 61 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVquaterdecies, das den Artikel 56.23 umfasst, eingefügt:

„Kapitel IVquaterdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR BEIGEORDNETE DIREKTOREN EINER AUTONOMEN PRIMARSCHULE“

Art. 62 – In das Kapitel IVquaterdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.23 eingefügt:

„Art. 56.23 – In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 63 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVquinquiesdecies, das die Artikel 56.24 und 56.25 umfasst, eingefügt:

„Kapitel IVquinquiesdecies – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR BEIGEORDNETE LEITER EINER KUNSTAKADEMIE“

Art. 64 - In das Kapitel IVquinquiesdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.24 eingefügt:

„Art. 56.24 – Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV finden die Artikel 56.2 bis 56.7 und 56.9 bis 56.11 Anwendung auf das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie.“

Art. 65 - In dasselbe Kapitel IVquinquiesdecies wird folgender Artikel 56.25 eingefügt:

„Art. 56.25 – Gehalt und Prämie

§1 – Während der Ausübung des Amtes als beigeordneter Leiter einer Kunstakademie erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422/I, erhöht um eine monatliche Prämie von 400 Euro.

Der in Absatz 1 angeführte Betrag der Prämie wird im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt.

§2 – Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer gemäß Artikel 22bis bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Leiter einer Kunstakademie bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von §1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in §1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitglieds.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§3 – Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Leiter einer Kunstakademie bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in §1 angeführte Betrag gilt.

§4 – Der in Anwendung von §1 und §2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze

vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in §2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Unterdirektor oder Provisor nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 66 – Artikel 64.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben o) und p) eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Leiter einer Kunstakademie, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Die Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leiter einer Kunstakademie, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Leiter einer Kunstakademie, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Urlaubsform ist unumkehrbar. Ein Leiter einer Kunstakademie, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 67 - Artikel 64.7 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Wenn der Leiter einer Kunstakademie aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilweise abwesend ist, kann der Schulträger ihn im Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie ersetzen durch eine Person, die die in Artikel 56.2 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.“

Art. 68 – Artikel 64.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben o) und p) eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wortfolge „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In §2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilweise Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Die Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von §1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilweise Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform

auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Urlaubsform ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in §1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 69 – Artikel 64.18 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Wenn der Stelleninhaber aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn wie folgt vorübergehend ersetzen:

1. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt;

2. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 §1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des Primarschullehrers;

3. Handelt es sich um einen Sekundarschulleiter, erfolgt der Ersatz im Amt des Unterdirektors durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt;

4. Handelt es sich um einen Internatsverwalter, erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internats.“

Art. 70 – Artikel 73 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

KAPITEL 12 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 71 – Artikel 5.46 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

Art. 72 – Artikel 5.92 Nummer 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Buchstaben o) und p) werden eingefügt:

„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

Art. 73 – Artikel 5.98 Absatz 3 Nummer 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
2. Folgende Buchstaben o) und p) werden eingefügt:
„o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,
p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

Art. 74 – Artikel 5.99 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einzigen Absatz wird das Wort „abwesend“ durch die Wortfolge „vollzeitig abwesend“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„Wenn der Direktor aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilweise abwesend ist, kann der Schulträger ihn im Amt des Referenten durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 5.105.1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 4, erfüllt.“

KAPITEL 13 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

Art. 75 – In Artikel 111.3 §1 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, eingefügt durch das Dekret vom 19. April 2010, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

- „c) 85% ab dem Jahr 2024“.

KAPITEL 14 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

Art. 76 – In Artikel 74 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts wird folgender Absatz 2 eingefügt:

- „Der Auftrag eines beigeordneten Leiters einer Kunstakademie entspricht dem in Absatz 1 angeführten Auftrag und umfasst die Aufgaben, die ihm der Leiter der Kunstakademie zuweist, dem er beigeordnet ist.“

KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION, DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG UND DIE SCHULBERATUNG FÜR INKLUSION UND INTEGRATION

Art. 77 – Artikel 22 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 17 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
2. In Absatz 1 werden folgende Nummern 18 bis 20 eingefügt:
„18. Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,
19. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen,
20. während höchstens zwei Schuljahren eine teilszeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern das Personalmitglied unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren

erreicht und in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Personalmitglied, das die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern es zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern es zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

3. In Absatz 2 wird die Zahl „17“ durch die Zahl „20“ ersetzt.

4. Folgender Absatz 8 wird eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 3 ist es dem Leiter, dem Schulinspektor, dem Schulentwicklungsberater und dem Referenten erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Urlaubsform ist unumkehrbar. Ein Leiter, Schulinspektor, Schulentwicklungsberater oder Referent, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

KAPITEL 16 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 78 – Artikel 6.52 Absatz 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

Art. 79 – Artikel 6.84 §2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 17 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In Absatz 1 werden folgende Nummern 18 bis 21 eingefügt:

„18. Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

19. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen,

20. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern der Koordinator oder der Zweigstellenleiter unbeschadet von Artikel 10bis §1 Absatz 1 spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Koordinator oder

Zweigstellenleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 21 angeführte Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 21 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.

21. während höchstens eines Schuljahres eine halbzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen gemäß Artikel 10 Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 §1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Zweigstellenleiter oder Koordinator, der die vorliegende Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

3. In Absatz 2 wird die Zahl „17“ durch die Zahl „20“ ersetzt und folgender Satz eingefügt:
„Der in Nummer 20 Buchstabe a) vorgesehene Wechsel in die in Nummer 21 angeführte halbzeitige Zurdispositionstellung ist dem Direktor nicht gestattet.“

4. Folgender Absatz 7 wird eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 3 ist es einem Direktor, Koordinator oder Zweigstellenleiter erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Urlaubsform ist unumkehrbar. Ein Koordinator oder Zweigstellenleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt, kann diese Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 1 Nummer 21 angeführte Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Absatz 1 Nummer 21 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann. Ein Direktor, Koordinator oder Zweigstellenleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zu Lasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 80 – Artikel 6.85 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Februar 2018 und 18. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „abwesend“ durch die Wortfolge „vollzeitig abwesend“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Wenn der Direktor aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn im Amt des Referenten ersetzen.“

KAPITEL 17 – INKRAFTTRETEN

Art. 81 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2023 in Kraft, mit Ausnahme des Artikels 75, der am 1. Januar 2024 in Kraft tritt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

Lydia Klinkenberg Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2022.12.01 13:59:36 +01'00'

14/10/2022

Gouvernement de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement,

Après délibération,

Arrête :

La Ministre compétente en matière d'Enseignement est chargée de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret relatif aux mesures visant à renforcer le bien-être du personnel dans l'enseignement

CONTENU

Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel dans l'enseignement et comprend les mesures suivantes :

- des mesures visant à soutenir la réintégration professionnelle de membres du personnel qui sont absents pour cause de maladie ou d'infirmité;
- des mesures d'aménagement de fin de carrière dans les fonctions de direction;
- l'augmentation du pécule de vacances pour les membres du personnel de niveau I

TABLE DES MATIERES

	Page
Exposé des motifs.....	4
Explications générales.....	4
Avant-projet	18

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

1. Mesures visant à soutenir la réintégration professionnelle de membres du personnel qui sont absents pour cause de maladie ou d'infirmité (articles 2, 1° et 2°, 14, 1° et 2°, 16 à 21, 26, 1° et 2°, 39, 1° et 2°, 41 à 59, 60, 1° et 2°, 68, 1° et 2°, 70 à 73, 77, 1° et 2°, 78 et 79, 1° et 2°)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

L'analyse de l'absentéisme pour cause de maladie dans l'enseignement en Communauté germanophone, réalisée par le médecin-contrôleur du Ministère et de l'enseignement en juin 2020, montre qu'une hausse sensible du nombre de jours de maladie a été recensée ces dernières années. L'enseignement doit notamment faire face à une augmentation des maladies de longue durée, parmi lesquelles figurent principalement les maladies chroniques dans le domaine des troubles musculo-squelettiques et du système tissulaire conjonctif, mais aussi les maladies mentales et les troubles du comportement.

Dans ce contexte, différentes mesures sont proposées dans le présent chapitre en vue de promouvoir et de soutenir la réintégration professionnelle des membres du personnel absents pendant une période prolongée.

1.1. Introduction d'un congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée

Il est instauré un congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée. Ce nouveau type de congé pour prestations réduites est accessible à tous les membres du personnel qui remplissent l'ensemble des conditions suivantes :

- le membre du personnel est, pour plus de la moitié d'un horaire complet, nommé à titre définitif ou désigné à titre temporaire;
- le membre du personnel a été absent pour cause de maladie ou d'infirmité pendant une période d'au moins quarante-deux jours consécutifs;
- le membre du personnel dispose encore de plus de trente jours de congé pour cause de maladie;
- aussi bien le médecin-contrôleur que le pouvoir organisateur ont donné leur accord concernant le congé pour prestations réduites d'un point de vue médical (médecin-contrôleur) et organisationnel (pouvoir organisateur) sur la base d'un certificat médical et d'un plan de réintégration délivrés par le médecin traitant, les éléments suivants figurant dans ledit plan de réintégration :
 - le pourcentage du volume d'heures hebdomadaire à prester par le membre du personnel;
 - la durée de la période de réintégration (au moins un mois, au plus trois mois) avec mention des dates de début et de fin;
 - la date probable à laquelle le membre du personnel sera à nouveau en mesure de reprendre complètement le service.

Ce type de congé est également accessible aux membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion.

Pendant le congé, l'horaire du membre du personnel est réduit de manière que celui-ci preste au moins 50 % d'un horaire complet. Dans les fonctions de la catégorie du personnel enseignant (à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant de la haute école autonome), la réduction de l'horaire s'opère par heure entière. Les heures non prestées sont intégralement rémunérées. Le congé est assimilé à une période d'activité de service, c'est-à-dire qu'il est pris en considération dans la détermination de l'ancienneté de service administrative et pécuniaire.

Pendant le congé, les jours de congé pour cause de maladie sont déduits comme suit :

- si le membre du personnel preste au moins 75 % d'un horaire complet, un quart de jour de congé pour cause de maladie est déduit du quota de jours de congé pour cause de maladie par jour calendrier;
- si le membre du personnel preste moins de 75 % d'un horaire complet, un demi-jour de congé pour cause de maladie est déduit du quota de jours de congé pour cause de maladie par jour calendrier.

Le membre du personnel qui, à la suite d'un accident du travail, d'un accident sur le chemin du travail ou d'une maladie professionnelle, prend le présent congé sur la proposition du médecin traitant et avec l'accord du service de santé administratif MEDEX ne se voit pas déduire de jours de congé pour cause de maladie pendant ledit congé.

Ce congé constitue une faveur, c'est-à-dire qu'il n'est octroyé au membre du personnel qu'à la condition qu'aussi bien le chef d'établissement, d'un point de vue organisationnel, que le médecin-contrôleur, d'un point de vue médical, donnent leur accord. Si le pouvoir organisateur et/ou le médecin-contrôleur refusent l'autorisation, ils motivent leur décision.

Le congé est octroyé pour une période d'au moins un mois et d'au plus trois mois. Sur la proposition du médecin traitant et avec l'accord du médecin-contrôleur et du pouvoir organisateur, le congé peut être prolongé, aussi souvent que nécessaire, de périodes supplémentaires d'une durée maximale de trois mois chacune, tant que le membre du personnel dispose d'un nombre suffisant de jours de congé pour cause de maladie pour couvrir ces périodes. Une modification (hausse/réduction) du pourcentage du volume d'heures hebdomadaire à prester par le membre du personnel a lieu sur la proposition du médecin traitant à chaque fois au début d'une prolongation de la période de réintégration.

La réintégration peut être interrompue prématurément sur l'initiative du membre du personnel, du médecin traitant ou du médecin-contrôleur.

Le congé prend fin d'office dans les cas suivants :

- lorsque le membre du personnel a épuisé son quota de jours de congé pour cause de maladie et se retrouve à charge de la mutualité ou est mis en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité;
- lorsque le médecin-contrôleur et/ou le pouvoir organisateur ne font pas droit à la demande de prolongation du congé;
- lorsque la désignation à titre temporaire du membre du personnel prend fin ou lorsqu'il est mis fin à la nomination à titre définitif du membre du personnel.

1.2. Introduction d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité destinée aux membres du personnel temporaire

Il est instauré une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. Ce nouveau type d'absence peut être utilisé par les membres du personnel temporaire qui sont absents pour cause de maladie et qui se trouvent à charge de la mutualité. Avec l'autorisation du médecin-conseil de la mutualité, il leur est permis de reprendre le service à temps partiel, pour autant que le pouvoir organisateur ait donné son accord à cet égard. Pour les membres du personnel qui sont désignés à titre temporaire et nommés à titre définitif, l'absence ne peut être fixée que sur des heures temporaires. Le médecin-conseil de la mutualité détermine le pourcentage d'occupation ainsi que les dates de début et de fin de l'occupation à temps partiel.

Ce congé constitue une faveur, c'est-à-dire que le pouvoir organisateur n'est pas tenu de faire droit à la demande de congé. Si la demande est refusée, il motive sa décision.

Ce type de congé est également accessible aux membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion.

L'absence pour prestations réduites prend fin d'office lorsque la désignation du membre du personnel prend fin.

Les heures non prestées dans le cadre de ladite absence ne sont pas rémunérées. Le membre du personnel perçoit alors une indemnité de la part de la mutualité. Pour les heures non prestées, le membre du personnel se trouve en non-activité de service.

1.3. Adaptation de la durée possible du congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité (reprise à mi-temps)

Il est proposé d'adapter la durée du congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité (reprise à mi-temps). Ce type de congé est accessible aux membres du personnel nommés à titre définitif ou bien désignés ou engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée qui sont absents pour cause de maladie ou d'infirmité et qui souhaiteraient reprendre le service à raison d'un demi-horaire.

La durée de la reprise à mi-temps est, à l'heure actuelle, de trente jours calendrier au plus. Sur présentation d'un certificat médical, le congé peut toutefois être prolongé à deux reprises, et ce, de trente jours calendrier supplémentaires à chaque fois. Par conséquent, la durée totale de ce congé ne peut dépasser actuellement nonante jours, c'est-à-dire trois fois trente jours, sur une période de dix ans. Cette période de dix ans est calculée rétroactivement à compter du premier jour de congé pour prestations réduites.

Il est proposé d'augmenter de trente jours la durée de ce congé, de manière que le congé puisse être pris dorénavant à quatre reprises pour une durée de trente jours à chaque fois (soit cent-vingt jours) au cours d'une période de dix ans d'activité de service.

1.4. Extension de la réintégration à temps partiel à la suite d'une maladie aux membres du personnel temporaire

Tout membre du personnel nommé ou engagé à titre définitif qui a été absent pendant une période ininterrompue d'au moins trois mois pour cause de maladie ou d'infirmité a la possibilité de reprendre à temps partiel le service, à sa demande et avec une assistance et surveillance médicales.

À cette fin, le membre du personnel concerné doit transmettre au préalable au médecin-contrôleur un certificat du médecin traitant allant en ce sens. Le médecin-contrôleur et l'employeur décident alors s'ils donnent ou non leur accord à une réintégration à temps partiel du membre du personnel.

La réintégration à temps partiel s'effectue sur la base d'un horaire individuel établi conjointement par le membre du personnel, le médecin traitant, le médecin-contrôleur et l'employeur. Cette réintégration a lieu pour au moins deux heures de cours ou de travail. Un changement progressif (hausse/réduction) du nombre d'heures de travail hebdomadaire s'effectue par le biais d'une concertation entre le membre du personnel, l'employeur et le médecin-contrôleur.

La réintégration prend fin après une période de six mois au plus ou dès que le membre du personnel reprend le service à raison d'au moins la moitié d'un horaire complet. Cette réintégration peut être interrompue prématurément sur l'initiative du membre du personnel, du médecin traitant, de l'employeur ou du médecin-contrôleur.

Il est proposé de rendre également accessible à l'avenir la réintégration à temps partiel aux membres du personnel temporaire qui disposent d'au moins trente jours de congé pour cause de maladie. Il est prévu en parallèle que la réintégration progressive prend fin d'office pour les membres du personnel temporaire dès que ceux-ci disposent de moins d'un jour de congé complet pour cause de maladie. Dans un tel cas, le membre du personnel temporaire est tenu de reprendre le service complètement ou à mi-temps si une réintégration à mi-temps lui est accordée par le statut. S'il n'est pas en mesure de le faire, il est alors absent à temps plein pour cause de maladie ou d'infirmité et se retrouve à charge de la mutualité.

1.5. COMMENTAIRE DES ARTICLES

L'**article 2, 1° et 2°, et l'article 14, 1° et 2°**, ancrent dans le statut de l'enseignement communautaire le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ainsi que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité sont accessibles aux membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion.

Les **articles 16 et 17** ancrent dans le statut de l'enseignement communautaire le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée compte comme activité de service et que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité compte comme non-activité de service.

Les **articles 18 et 19** ancrent dans le statut des maîtres ou professeurs de religion le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée compte comme activité de service et que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité compte comme non-activité de service.

L'**article 20** fait passer de nonante jours à cent-vingt jours la durée possible du congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité au cours d'une période de dix ans.

L'**article 21** abroge la règle de remplacement prévue dans le cadre du congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité pour les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion. Cette règle n'est plus nécessaire, étant donné que le remplacement temporaire en cas d'absence, dans le cadre d'un temps partiel, d'un membre du personnel qui occupe une fonction de sélection ou de promotion est régi par le statut du personnel.

L'**article 26, 1° et 2°, et l'article 39, 1° et 2°**, ancrent dans le statut de l'enseignement libre subventionné le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ainsi que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité sont accessibles aux membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion.

L'**article 41** ancre dans le statut de l'enseignement libre subventionné le fait que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité compte comme non-activité de service.

L'**article 42** modifie le décret du 30 juin 2003 en ce sens qu'un membre du personnel temporaire se retrouve à charge de la mutualité lorsqu'il est absent pour cause de maladie ou d'infirmité et qu'il dispose de moins d'un jour de congé complet pour cause de maladie. Cette adaptation est effectuée dans le contexte de l'introduction du nouveau congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée dans le cadre duquel des demi-jours ou, selon le cas, des quarts de jours de congé pour cause de maladie sont déduits.

L'**article 43** modifie le décret du 30 juin 2003 en ce sens qu'un membre du personnel nommé à titre définitif est mis en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité lorsqu'il est absent pour cause de maladie ou d'infirmité et qu'il dispose de moins d'un jour de congé complet pour cause de maladie. Cette adaptation est effectuée dans le contexte de l'introduction du nouveau congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée dans le cadre duquel des demi-jours ou, selon le cas, des quarts de jours de congé pour cause de maladie sont déduits.

Les **articles 44 et 45** étendent la réintégration progressive dans le quotidien scolaire aux membres du personnel temporaire qui disposent d'au moins trente jours de congé pour cause de maladie. Dans leur cas, la réintégration progressive prend fin d'office dès que le membre du personnel concerné dispose de moins d'un jour de congé complet pour cause de maladie.

Les **articles 46 à 48** fixent dans le décret du 30 juin 2003 le champ d'application et les modalités du congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée.

Les **articles 49 à 51** fixent dans le décret du 30 juin 2003 le champ d'application et les modalités de l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité.

L'**article 52** insère un nouveau chapitre concernant la confidentialité et la protection des données dans le décret du 30 juin 2003.

L'**article 53** établit la confidentialité des données.

L'**article 54** habilite le Gouvernement, dans le cadre de l'exécution de la mission décréte, à traiter des données à caractère personnel. Cet article précise que le Gouvernement, au sens du règlement général sur la protection des données et au regard du traitement des données à caractère personnel, est responsable dudit traitement. Le traitement des données est réalisé dans le respect du règlement général sur la protection des données.

L'**article 55** dispose que le médecin-contrôleur est seul responsable du traitement des données relatives à la santé.

L'**article 56** détermine les catégories de données.

L'**article 57** règle la durée de possibilité de traitement des données collectées.

L'**article 58** autorise le recours à des données anonymes à des fins d'analyses et de statistiques.

L'**article 59** prévoit que le Gouvernement détermine, le cas échéant, les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel.

L'**article 60, 1° et 2°, et l'article 68, 1° et 2°**, ancrent dans le statut de l'enseignement officiel subventionné le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ainsi que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité sont accessibles aux membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion.

L'**article 70** ancre dans le statut de l'enseignement officiel subventionné le fait que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité compte comme non-activité de service.

L'**article 71** ancre dans le statut de la haute école autonome le fait que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité compte comme non-activité de service.

Les **articles 72 et 73** ancrent dans le statut de la haute école autonome le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ainsi que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité sont accessibles aux chefs de département et au directeur.

L'**article 77, 1° et 2°**, ancre dans le décret du 25 juin 2012 le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ainsi que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité sont accessibles aux membres du personnel de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

L'**article 78** ancre dans le statut du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes le fait que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité compte comme non-activité de service.

L'**article 79, 1° et 2°**, ancre dans le statut du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes le fait que le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ainsi que l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité sont accessibles aux membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion.

2. Mesures d'aménagement de fin de carrière dans les fonctions de direction (articles 1^{er}, 2, 3° et 4°, 3 à 13, 14, 3° et 4°, 15, 22 à 26, 27, 3° et 4°, 28 à 38, 39, 3° et 4°, 40, 60, 3° et 4°, 61 à 65, 66, 3° et 4°, 67, 68, 3° et 4°, 69, 74, 76, 77, 2°, 79, 2°, et 80)

Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2023

Les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion dans l'enseignement n'ont pas droit, à quelques exceptions près, à l'interruption de carrière partielle (hormis les formes particulières), au temps partiel de fin de carrière et à la retraite anticipée à mi-

temps. Seules la retraite anticipée à temps plein et l'interruption de carrière complète leur sont accessibles.

En raison des réformes fédérales dans le domaine des pensions, toujours plus de membres du personnel concernés occupant des fonctions de direction ont demandé ces dernières années que soient rendus accessibles les types de congé précités, sous une forme appropriée, aux membres du personnel exerçant des fonctions de sélection ou de promotion, en faisant notamment valoir le fait que cela permettrait de former leurs successeurs de manière adéquate.

Dans ce contexte, il est proposé ci-après un modèle visant à aménager la fin de carrière dans les fonctions de sélection et de promotion dans l'enseignement en Communauté germanophone. Ce modèle entend prendre en compte, d'une part, les intérêts des membres du personnel concernés et, d'autre part, ceux du pouvoir organisateur en vue d'un fonctionnement harmonieux et efficace de l'établissement scolaire.

2.1. Aménagement de la fin de carrière dans les fonctions de sélection

Les dispositions décrites ci-après sont applicables aux fonctions de sélection suivantes :

- sous-directeur/proviseur d'une école secondaire ordinaire;
- chef de département (centre de pédagogie de soutien);
- chef d'atelier occupé à temps plein dans une école secondaire ordinaire ou spécialisée;
- coordinateur d'un centre d'enseignement à horaire réduit;
- coordinateur d'une structure d'accrochage scolaire;
- coordinateur pour le domaine « Sciences sanitaires », pour le développement psychosocial ou pour le développement de la petite enfance (Kaleido);
- chef d'antenne (Kaleido);
- secrétaire administratif en chef (académie de musique).

Un membre du personnel qui occupe l'une des fonctions précitées et qui est âgé d'au moins cinquante-huit ans peut bénéficier des types de congé suivants :

- au maximum cinquante-deux mois avant la première date possible de départ à la retraite, le membre du personnel peut recourir au **temps partiel de fin de carrière** (réduction de 25 %) ou à une **interruption de carrière** de 20 %, et ce, pendant deux années scolaires au plus. Au plus tard au terme de la deuxième année scolaire, le membre du personnel prend une retraite anticipée à temps plein ou part à la retraite. Les deux types de congé sont ainsi irréversibles. Il convient de noter que le temps partiel de fin de carrière et la retraite anticipée à mi-temps/temps plein ne sont accessibles qu'aux membres du personnel qui sont nommés à titre définitif dans une fonction de sélection et qui comptent au moins dix années de service (temps partiel de fin de carrière) ou, selon le cas, quinze années de service (retraite anticipée à mi-temps/temps plein) dans l'enseignement;
- au maximum vingt-huit mois avant la première date possible de départ à la retraite, le membre du personnel peut recourir, pendant une année scolaire au plus, à la **retraite anticipée à mi-temps**. Au terme de l'année scolaire, le membre du personnel prend une retraite anticipée à temps plein ou part à la retraite;
- il est également possible pour un membre du personnel qui a recouru pendant une année scolaire au temps partiel de fin de carrière ou à une interruption de carrière de passer, au terme d'une année scolaire, à une retraite anticipée à mi-temps et de bénéficier de celle-ci pendant une année scolaire au plus avant de prendre ensuite une retraite anticipée à temps plein ou de partir à la retraite.

En résumé, les possibilités de congé avant le départ à la retraite dans lesdites fonctions de sélection sont par conséquent les suivantes :

- A) deux années scolaires de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
vingt-huit mois de retraite anticipée à temps plein au plus;
➔ départ à la retraite;
- B) deux années scolaires de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
➔ départ à la retraite;
- C) une année scolaire de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
une année scolaire de retraite anticipée à mi-temps;
seize mois de retraite anticipée à temps plein au plus;
➔ départ à la retraite;
- D) une année scolaire de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
douze mois de retraite anticipée à mi-temps au plus;
➔ départ à la retraite;
- E) une année scolaire de retraite anticipée à mi-temps;
seize mois de retraite anticipée à temps plein au plus;
➔ départ à la retraite;
- F) douze mois de retraite anticipée à mi-temps au plus;
➔ départ à la retraite.

Pendant le temps partiel de fin de carrière, le membre du personnel exerce la fonction de sélection concernée à hauteur de 75 % d'une occupation à temps plein et perçoit 80 % de son traitement actuel. Pendant l'interruption de carrière d'un cinquième, le membre du personnel exerce la fonction de sélection concernée à hauteur de 80 % d'une occupation à temps plein. Il perçoit au cours de cette période 80 % de son traitement actuel, plus une allocation mensuelle émanant de l'Office national de l'emploi (ONEM). Pendant la retraite anticipée à mi-temps, le membre du personnel exerce la fonction de sélection concernée à hauteur de 50 % d'une occupation à temps plein et perçoit 75 % de son traitement actuel.

Le membre du personnel concerné quitte par conséquent progressivement l'enseignement sur une période de deux années scolaires au plus. Pendant le congé, un remplaçant temporaire est engagé par intérim dans la fonction de sélection concernée à hauteur des heures abandonnées (20 %, 25 % ou 50 %). Le chef d'établissement est responsable de la répartition des tâches entre le membre du personnel et son remplaçant. Dès que le membre du personnel prend une retraite anticipée ou part à la retraite, l'emploi peut être mis au concours dans la fonction de sélection concernée et être à nouveau occupé sur le long terme.

2.2. Aménagement de la fin de carrière dans les fonctions de promotion

La réglementation ci-après est applicable aux fonctions suivantes :

- chef d'établissement dans l'enseignement fondamental ordinaire ou spécialisé;
- chef d'établissement dans l'enseignement secondaire ordinaire ou spécialisé;

- directeur du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- directeur de l'académie de musique;
- administrateur en internat;
- chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance pour l'inclusion et l'intégration;
- inspecteur scolaire, conseiller en développement scolaire, adjoint pour l'inclusion et l'intégration.

Un membre du personnel qui occupe l'une des fonctions précitées et qui est âgé d'au moins cinquante-huit ans peut recourir, au maximum cinquante-deux mois avant la première date possible de départ à la retraite, au **temps partiel de fin de carrière** (réduction de 25 %) ou à une **interruption de carrière de 20 %**, et ce, pendant deux années scolaires au plus. Au plus tard au terme de la deuxième année scolaire, le membre du personnel prend une retraite anticipée à temps plein ou part à la retraite (les deux types de congé sont ainsi irréversibles). Il convient de noter que le temps partiel de fin de carrière et la retraite anticipée à temps plein ne sont accessibles qu'aux membres du personnel qui sont nommés à titre définitif dans une fonction de promotion et qui comptent au moins dix années de service (temps partiel de fin de carrière) ou, selon le cas, quinze années de service (retraite anticipée à temps plein) dans l'enseignement.

En résumé, les possibilités de congé avant le départ à la retraite dans lesdites fonctions de promotion sont par conséquent les suivantes :

- A) deux années scolaires de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
vingt-huit mois de retraite anticipée à temps plein au plus;
➔ départ à la retraite;
- B) deux années scolaires de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
➔ départ à la retraite;
- C) une année scolaire de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
vingt-huit mois de retraite anticipée à temps plein au plus;
➔ départ à la retraite;
- D) une année scolaire de temps partiel de fin de carrière ou d'interruption de carrière d'un cinquième;
➔ départ à la retraite.

Pendant le temps partiel de fin de carrière, le membre du personnel exerce la fonction de promotion concernée à hauteur de 75 % d'une occupation à temps plein et perçoit 80 % de son traitement actuel. Pendant l'interruption de carrière d'un cinquième, le membre du personnel exerce la fonction de promotion concernée à hauteur de 80 % d'une occupation à temps plein. Il perçoit au cours de cette période 80 % de son traitement actuel, plus une allocation mensuelle émanant de l'Office national de l'emploi (ONEM).

Règlementation spéciale pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental qui doivent donner des cours en raison du nombre d'élèves : pour les chefs d'établissement qui ne sont pas entièrement libérés de leurs activités d'enseignement, le congé est placé sur les heures de cours à prester.

Le membre du personnel concerné quitte par conséquent progressivement l'enseignement sur une période de deux années scolaires au plus.

Les fonctions de promotion étant indivisibles, le remplacement temporaire s'effectue dans l'une des fonctions de recrutement ou de sélection suivantes :

- chef d'établissement dans l'enseignement fondamental ordinaire ou spécialisé : pour les chefs d'établissement qui sont entièrement libérés de leurs activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction de sélection de directeur adjoint ou, selon le cas, d'instituteur en chef adjoint. Cette fonction de sélection est nouvellement créée. Les modalités applicables à cette fonction en ce qui concerne les conditions d'admission, de recrutement et de désignation correspondent à celles qui s'appliquent à la fonction de sous-directeur dans l'enseignement secondaire : sont ainsi admis aussi bien les membres du personnel occupés dans l'enseignement que les personnes extérieures qui disposent au minimum d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré (diplôme de bachelor) et maîtrisent la langue d'enseignement de façon approfondie. Le chef d'établissement adjoint est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement 502 (code de l'arrêté 422). Pour les chefs d'établissement qui ne sont pas entièrement libérés de leurs activités d'enseignement, le remplacement temporaire est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;
- chef d'établissement dans l'enseignement secondaire ordinaire ou spécialisé : le remplacement est effectué dans la fonction de sélection de sous-directeur/proviseur;
- directeur du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes : le remplacement est effectué dans la fonction de recrutement d'adjoint;
- directeur de l'académie de musique : le remplacement est effectué dans la fonction de sélection de directeur adjoint d'une académie des arts. Cette fonction de sélection est nouvellement créée. Les modalités en matière de statut et de rémunération applicables à cette fonction correspondent à celles qui s'appliquent à la fonction de sous-directeur dans l'enseignement secondaire : sont ainsi admis aussi bien les membres du personnel occupés dans l'enseignement que les personnes extérieures qui disposent au minimum d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré (diplôme de bachelor) et maîtrisent la langue d'enseignement de façon approfondie;
- administrateur en internat : le remplacement est effectué dans la fonction de recrutement de surveillant-éducateur d'un internat.

Cette règle de remplacement est désormais également applicable lorsque le chef d'établissement/directeur travaille à temps partiel dans le cadre d'un type de congé qui lui est accessible à la suite d'une maladie ou lorsqu'il recourt à un type spécial d'interruption de carrière partielle.

Les membres de l'inspection scolaire peuvent certes bénéficier du temps partiel de fin de carrière de 25 % et de l'interruption de carrière partielle de 20 % en fin de carrière. Toutefois, étant donné que leur recrutement s'effectue dans le cadre d'une procédure stricte d'évaluation de l'aptitude, un remplacement temporaire n'est pas possible dans ces fonctions.

Le remplaçant est engagé par intérim, à hauteur de 20 % ou 25 %, dans la fonction de recrutement ou de sélection concernée. Ce quart ou cinquième d'emploi supplémentaire dans la fonction de recrutement ou de sélection n'est pas créé de manière structurelle; en effet, cet emploi est supprimé dès que le membre du personnel dans la fonction de promotion prend une retraite anticipée ou part à la retraite. Le remplaçant temporaire n'a pas de droit direct quant à l'occupation du prochain emploi vacant. Il peut toutefois présenter sa candidature pour l'emploi mis au concours ultérieurement dans la fonction de promotion.

2.3. COMMENTAIRE DES ARTICLES

L'**article 1^{er}** introduit la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire et la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome ainsi que la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968. Lesdites fonctions sont établies en tant que fonction de sélection relevant de la catégorie du personnel directeur et enseignant.

Les **articles 2, 3°, et 14, 3°**, apportent des modifications dans le texte de l'arrêté royal du 22 avril 1969 (statut de l'enseignement communautaire). Il s'agit d'une correction d'un renvoi erroné.

Les **articles 2, 4°, et 3 à 8** prévoient dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 que les chefs de département, sous-directeurs, chefs d'atelier occupés à temps plein, coordinateurs d'un centre d'enseignement à horaire réduit et coordinateurs d'une structure d'accrochage scolaire qui sont âgés d'au moins cinquante-huit ans peuvent bénéficier des types de congé suivants :

- au maximum cinquante-deux mois avant la première date possible de départ à la retraite, le membre du personnel peut recourir au **temps partiel de fin de carrière** (réduction de 25 %) ou à une **interruption de carrière** de 20 %, et ce, pendant deux années scolaires au plus. Au plus tard au terme de la deuxième année scolaire, le membre du personnel prend une retraite anticipée à temps plein ou part à la retraite (les deux types de congé sont ainsi irréversibles);
- au maximum vingt-huit mois avant la première date possible de départ à la retraite, le membre du personnel peut recourir, pendant une année scolaire au plus, à la **retraite anticipée à mi-temps**. Au terme de l'année scolaire, le membre du personnel prend une retraite anticipée à temps plein ou part à la retraite;
- il est également possible pour un membre du personnel qui a recouru pendant une année scolaire au temps partiel de fin de carrière ou à une interruption de carrière de passer, au terme d'une année scolaire, à une retraite anticipée à mi-temps et de bénéficier de celle-ci pendant une année scolaire au plus avant de prendre ensuite une retraite anticipée à temps plein ou de partir à la retraite.

Les **articles 9, 10 et 11** ancrent dans le statut de l'enseignement communautaire les dispositions statutaires relatives à la fonction de sélection nouvellement créée d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire. Les modalités applicables à cette fonction en ce qui concerne les conditions d'admission, de recrutement et de désignation correspondent à celles qui s'appliquent à la fonction de chef de département dans l'enseignement spécialisé ou à la fonction de sous-directeur dans l'enseignement secondaire : sont ainsi admis aussi bien les membres du personnel occupés dans l'enseignement que les personnes extérieures qui disposent au minimum d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré (diplôme de bachelor) et maîtrisent la langue d'enseignement de façon approfondie. Le chef d'établissement adjoint est rémunéré sur la base de l'échelle de traitement 502 (code de l'arrêté 422).

Les **articles 12 et 13** ancrent dans le statut de l'enseignement communautaire les dispositions statutaires relatives à la fonction de sélection nouvellement créée de directeur adjoint d'une académie des arts. Les modalités en matière de statut et de rémunération applicables à cette fonction correspondent à celles qui s'appliquent à la fonction de sous-directeur dans l'enseignement secondaire.

Les **articles 14, 4°, et 15** ancrent dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 le fait que les chefs d'établissement dans l'enseignement secondaire ordinaire ou spécialisé ainsi que les administrateurs en internat qui sont âgés d'au moins cinquante-huit ans peuvent recourir, au maximum cinquante-deux mois avant la première date possible de départ à la retraite, au **temps partiel de fin de carrière** (réduction de 25 %) ou à une **interruption de carrière de 20 %**, et ce, pendant deux années scolaires au plus. Au plus tard au terme de la deuxième année scolaire, le membre du personnel prend une retraite anticipée à temps plein ou part à la retraite (les deux types de congé sont ainsi irréversibles).

Pour les chefs d'établissement d'enseignement fondamental qui ne sont pas entièrement libérés de leurs activités d'enseignement, le congé est placé sur les heures de cours à prester.

Les fonctions de promotion étant indivisibles, le remplacement temporaire s'effectue dans l'une des fonctions de sélection ou de recrutement suivantes :

- chef d'établissement dans l'enseignement fondamental ordinaire ou spécialisé : pour les chefs d'établissement qui sont entièrement libérés de leurs activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction de sélection d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire. Pour les chefs d'établissement qui ne sont pas entièrement libérés de leurs activités d'enseignement, le remplacement temporaire est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;
- chef d'établissement dans l'enseignement secondaire ordinaire ou spécialisé : le remplacement est effectué dans la fonction de sélection de sous-directeur/proviseur;
- administrateur en internat : le remplacement est effectué dans la fonction de recrutement de surveillant-éducateur d'un internat.

Cette règle de remplacement est désormais également applicable lorsque le chef d'établissement ou l'administrateur en internat travaille à temps partiel dans le cadre d'un type de congé qui lui est accessible à la suite d'une maladie ou lorsqu'il recourt à un type spécial d'interruption de carrière partielle.

L'**article 22** ancre dans l'arrêté royal du 27 juin 1974 le fait que les instituteurs en chef adjoints dans une école primaire et les directeurs adjoints d'une école primaire autonome sont rémunérés sur la base de l'échelle de traitement 422.

L'**article 24, 1°**, ancre dans l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 le fait que le temps partiel de fin de carrière est désormais également accessible aux membres du personnel occupant des fonctions de promotion.

Les **articles 23 et 24, 2°**, introduisent une disposition transitoire dans l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Les membres du personnel occupant des fonctions de sélection ou de promotion qui auront accès au temps partiel de fin de carrière ou à la retraite anticipée à mi-temps à partir du 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande de congé jusqu'au 15 juillet 2023 au plus tard, dans la mesure où ils souhaitent bénéficier d'un des deux types de congé à partir du 1^{er} septembre 2023.

L'**article 25** introduit une disposition transitoire dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994. Les membres du personnel occupant des fonctions de sélection ou de promotion qui auront accès à une interruption de carrière de 20 % à partir du 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande de congé jusqu'au 15 juillet 2023 au plus tard, dans la mesure où ils souhaitent bénéficier de ce type de congé à partir du 1^{er} septembre 2023.

Depuis l'adoption de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, la jurisprudence du Conseil d'État et celle de la Cour constitutionnelle ont été modifiées de sorte que ces régimes sont

à considérer comme essentiels et ne peuvent être adoptés que par le Parlement. En raison de cette modification de la jurisprudence, toutes les adaptations de cet arrêté se font, depuis lors, par voie de décret.

L'**article 26** dispose que la mission de l'instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou du directeur adjoint d'une école primaire autonome correspond à celle du chef d'établissement et que le chef d'établissement dont ils sont les adjoints est responsable de la répartition des tâches entre lui-même et son remplaçant.

Les **articles 27, 3°, et 39, 3°**, apportent une modification dans le texte du décret du 14 décembre 1998 (statut de l'enseignement libre subventionné). Il s'agit d'une correction d'un renvoi erroné.

Les **articles 27, 4°, 28 à 38, 39, 4°, et 40** procèdent aux mêmes adaptations statutaires pour les fonctions respectives de sélection et de promotion dans le statut de l'enseignement libre subventionné (décret du 14 décembre 1998).

Les **articles 60, 3°, 66, 3°, et 68, 3°**, apportent une modification dans le texte du décret du 29 mars 2004 (statut de l'enseignement officiel subventionné). Il s'agit d'une correction d'un renvoi erroné.

Les **articles 60, 4°, 61 à 65, 66, 4°, 67, 68, 4°, et 69** procèdent aux mêmes adaptations statutaires pour les fonctions respectives de sélection et de promotion dans le statut de l'enseignement officiel subventionné (décret du 29 mars 2004). Pour la fonction de directeur d'une académie des arts, le remplacement en cas d'absence, dans le cadre d'un temps partiel, intervient dans la fonction de sélection de directeur adjoint d'une académie des arts.

L'**article 74** ancre dans le statut de la haute école autonome (décret du 27 juin 2005) le fait qu'un directeur absent, dans le cadre d'un temps partiel, sur la base d'un type de congé est remplacé dans la fonction d'adjoint.

L'**article 76** dispose que la mission du directeur adjoint d'une académie des arts correspond à celle du directeur d'une académie des arts et que le directeur d'une académie des arts dont il est l'adjoint est responsable de la répartition des tâches entre lui-même et son remplaçant.

L'**article 77, 2°**, procède aux mêmes adaptations statutaires pour les fonctions de chef de l'inspection scolaire, de la guidance en développement scolaire et de la guidance scolaire pour l'inclusion et l'intégration, ainsi que pour les fonctions de conseiller en développement scolaire, d'inspecteur scolaire et d'adjoint pour l'inclusion et l'intégration dans le décret du 25 juin 2012. Étant donné qu'il s'agit, pour ces fonctions, de fonctions de promotion, les mêmes types de congé leur sont rendus accessibles que pour les chefs d'établissement.

Les **articles 79, 2°, et 80** procèdent aux mêmes adaptations statutaires pour les fonctions de directeur, de coordinateur et de chef d'antenne dans le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Pour la fonction de directeur, le remplacement en cas d'absence, dans le cadre d'un temps partiel, intervient dans la fonction d'adjoint.

3. Augmentation du pécule de vacances pour les membres du personnel de niveau I (article 75)

Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2024

Le Gouvernement propose de relever le pécule de vacances pour les membres du personnel de niveau I à partir de 2024 en le portant de 80 % à 85 % du traitement brut. Il s'agit ici de la mise en œuvre d'une mesure prévue dans l'accord sectoriel 2019-2024. Par conséquent, à partir de 2024, le pécule de vacances s'élèvera à 85 % pour les membres du personnel des niveaux I et II+ et à 92 % pour les membres du personnel des niveaux II, III et IV.

L'**article 75** modifie le décret du 21 avril 2008 et introduit le pourcentage de 85 % pour le niveau I.

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET DE DÉCRET

Avant-projet de décret relatif aux mesures visant à renforcer le bien-être du personnel dans l'enseignement

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 1^{er} – À l'article 6 de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le B), le b) est complété par un 6.1° rédigé comme suit :

« 6.1° instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou directeur adjoint d'une école primaire autonome »;

2° dans le G), le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) fonctions de sélection

30° directeur adjoint d'une académie des arts »;

3° le G) est complété par un c) rédigé comme suit :

« c) fonctions de promotion

31° directeur d'une académie des arts ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 2 – À l'article 91^{octies} de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef de département nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir aux types de mise en disponibilité suivants :

1° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10^{bis} de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse

prétendre, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 2° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef de département qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite mentionné à l'alinéa 3, 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

3° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 3 – Dans l'article 91*quaterdecies*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, les mots « 91*octies*, §§ 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2 ».

Art. 4 – L'article 91*triciester*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par la phrase suivante :

« L'article 91*octies*, § 2, alinéas 3 et 4, ne s'applique qu'aux chefs d'atelier qui occupent cette fonction dans le cadre d'un horaire complet. »

Art. 5 – Dans l'article 91*undequadragies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 6 – Dans l'article 91*quadragesquinqies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 mai 2019 et modifié par le décret du 22 juin 2020, le mot « 91*nonies* » est remplacé par les mots « 91*septies*, 91*octies*, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2, 91*nonies* ».

Art. 7 – Dans l'article 91*quadragessexies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 22 juin 2020, les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 8 – Dans l'article 91*quintagiessemel*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 28 juin 2021, les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 9 – Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2022, il est inséré un chapitre VII*terdecies*, comportant les articles 91*quintagiesquinqies* à 91*quintagiessexies*, intitulé comme suit :

« Chapitre VII*terdecies* – Dispositions spécifiques pour les instituteurs en chef adjoints dans une école primaire ».

Art. 10 – Dans le chapitre VII*terdecies* du même arrêté royal, il est inséré un article 91*quintagiesquinqies* rédigé comme suit :

« Art. 91*quintagiesquinqies* – Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 91*quater* à 91*nonies* et 91*undecies* à 91*terdecies* s'appliquent à la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire. »

Art. 11 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 91*quintagiessexies* rédigé comme suit :

« Art. 91*quintagiessexies* – Traitement et prime

§ 1^{er} – Durant la désignation en tant qu'instituteur en chef adjoint dans une école primaire, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 – Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme instituteur en chef adjoint dans une école primaire, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

P = X - M

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel.

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme instituteur en chef adjoint dans une école primaire, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que l'instituteur en chef adjoint dans une école primaire ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 12 – Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2022, il est inséré un chapitre VII*quaterdecies*, comportant l'article 91*quintagiessepties*, intitulé comme suit :

« Chapitre VII*quaterdecies* – Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une académie des arts ».

Art. 13 – Dans le chapitre VII*quaterdecies* du même arrêté royal, il est inséré un article 91*quintagiessepties* rédigé comme suit :

« Art. 91*quintagiessepties* – Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts est attribuée sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement officiel subventionné. »

Art. 14 – À l'article 121*septies*, § 1^{er}, alinéa 2, 1°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef d'établissement nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement,

le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef d'établissement qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 15 – L'article 121octies, § 1^{er}, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le chef d'établissement est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer de manière temporaire comme suit :

1° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, est entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91quater, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

2° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;

3° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement secondaire, le remplacement est effectué dans la fonction de proviseur par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91quater, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

4° s'il s'agit d'un administrateur en internat, le remplacement est effectué dans la fonction de surveillant-éducateur d'un internat. »

Art. 16 – À l'article 160, alinéa 3, du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un o) rédigé comme suit :

« o) pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée. »

Art. 17 – À l'article 161 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 16 février 1983, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le d), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un e) rédigé comme suit :

« e) lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Art. 18 – À l'article 40, alinéa 2, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le k), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un l) rédigé comme suit :

« l) pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée. »

Art. 19 – À l'article 42 du même arrêté royal, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le c), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un d) rédigé comme suit :

« d) lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Chapitre 4 – Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

Art. 20 – L'article 21 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire est remplacé par ce qui suit :

« Art. 21 – La durée totale du congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité ne peut dépasser cent-vingt jours au cours d'une période de dix ans d'activité de service. »

Art. 21 – L'article 22.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 16 janvier 2012, est abrogé.

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psychomédico-sociaux de l'État

Art. 22 – Dans l'article 2, chapitre B), de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel

des centres psycho-médico-sociaux de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un 6.1° rédigé comme suit :

« 6.1° Instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou directeur adjoint d'une école primaire autonome..... 422 ».

Chapitre 6 – Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 23 – L'article 10, § 1^{er}, de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 25 juin 1996 et modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 6, les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection et qui n'ont pas accès à la mise en disponibilité avant le 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande jusqu'au 15 juillet s'ils souhaitent bénéficier de la mise en disponibilité au 1^{er} septembre 2023. »

Art. 24 – À l'article 10bis du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « ou de sélection » sont remplacés par les mots « , de sélection ou de promotion »;

2° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion et qui n'ont pas accès à la mise en disponibilité avant le 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande jusqu'au 15 juillet s'ils souhaitent bénéficier de la mise en disponibilité au 1^{er} septembre 2023. »

Chapitre 7 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 25 – L'article 6, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 28 juin 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion et qui n'ont pas accès à l'interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein avant le 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande jusqu'au 15 juillet s'ils souhaitent bénéficier de ce type d'interruption de carrière au 1^{er} septembre 2023. »

Chapitre 8 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 26 – L'article 96 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La mission d'un instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou d'un directeur adjoint d'une école primaire autonome correspond à celle mentionnée à l'alinéa 1^{er} et comprend les tâches qui leur sont attribuées par le chef d'établissement dont ils sont les adjoints. »

Chapitre 9 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 27 – À l'article 62.7 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef de département engagé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir aux types de mise en disponibilité suivants :

1° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 2° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef de département qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour

autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite mentionné à l'alinéa 3, 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

3° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 28 – Dans l'article 62.13, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, les mots « 62.7, §§ 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2 ».

Art. 29 – L'article 62.31, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par la phrase suivante :

« L'article 62.7, § 2, alinéas 3 et 4, ne s'applique qu'aux chefs d'atelier qui occupent cette fonction dans le cadre d'un horaire complet. »

Art. 30 – Dans l'article 62.37, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 31 – Dans l'article 62.43 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019 et modifié par le décret du 22 juin 2020, le mot « 62.8 » est remplacé par les mots « 62.6, 62.7, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2, 62.8 ».

Art. 32 – Dans l'article 62.44, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020 et modifié par le décret du 28 juin 2021, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 33 – Dans l'article 62.49, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 34 – Dans le titre I du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IVterdecies, comportant les articles 62.53 et 62.54, intitulé comme suit :

« Chapitre IVterdecies – Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une école primaire autonome ».

Art. 35 – Dans le chapitre IVterdecies du même décret, il est inséré un article 62.53 rédigé comme suit :

« Art. 62.53 – Principe

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.3 à 62.8 et 62.10 à 62.12 s'appliquent à la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome. »

Art. 36 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.54 rédigé comme suit :

« Art. 62.54 – *Traitement et prime*

§ 1^{er} – Durant la désignation en tant que directeur adjoint d'une école primaire autonome, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 – Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une école primaire autonome, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel.

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une école primaire autonome, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que le directeur adjoint d'une école primaire autonome ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 37 – Dans le titre I du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IV^{quaterdecies}, comportant l'article 62.55, intitulé comme suit :

« Chapitre IV^{quaterdecies} – Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une académie des arts ».

Art. 38 – Dans le chapitre IV^{quaterdecies} du même décret, il est inséré un article 62.55 rédigé comme suit :

« Art. 62.55 – *Principe*

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts est attribuée sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement officiel subventionné. »

Art. 39 – À l'article 69.6 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef d'établissement engagé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef d'établissement qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 40 – L'article 69.7, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le titulaire de l'emploi est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer de manière temporaire comme suit :

1° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, est entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

2° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;

3° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement secondaire, le remplacement est effectué dans la fonction de sous-directeur par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

4° s'il s'agit d'un administrateur en internat, le remplacement est effectué dans la fonction de surveillant-éducateur d'un internat. »

Art. 41 – À l'article 75, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Chapitre 10 – Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003

Art. 42 – L'article 11.11, alinéa 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, inséré par le décret du 16 juillet 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Si le membre du personnel désigné ou engagé à titre temporaire absent pour cause de maladie ou d'infirmité dispose de moins d'un jour de congé complet en application du présent chapitre, il se retrouve à charge de la mutualité jusqu'au jour où il reprend le service complètement. »

Art. 43 – Dans l'article 11.13, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, les mots « et qui a épuisé le nombre de jours de congé dont il peut bénéficier en vertu du présent chapitre, » sont remplacés par les mots « et qui dispose de moins d'un jour de congé complet en application du présent chapitre ».

Art. 44 – L'article 11.18, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, est complété par la phrase suivante :

« Le présent chapitre s'applique également aux membres du personnel mentionnés à l'article 11.1 qui sont désignés ou engagés à titre temporaire et qui disposent d'au moins trente jours de congé pour cause de maladie. »

Art. 45 – Dans l'article 11.19 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 22 juin 2020, il est inséré entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6, un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa précédent, pour ce qui concerne les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire, la réintégration prend fin dès que le membre du personnel concerné dispose de moins d'un jour de congé complet pour cause de maladie. »

Art. 46 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre III.3, comportant les articles 11.20 et 11.21, intitulé comme suit :

« Chapitre III.3 – Congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d’une maladie de longue durée ».

Art. 47 – Dans le chapitre III.3 du même décret, il est inséré un article 11.20 rédigé comme suit :

« Art. 11.20 – Le présent chapitre s’applique aux membres du personnel mentionnés à l’article 11.1 qui sont nommés ou engagés à titre définitif ou bien sont désignés ou engagés à titre temporaire pour plus de la moitié d’un horaire complet.

Pour l’application du présent chapitre, l’on entend par médecin-contrôleur le médecin compétent conformément à l’article 3 du décret du 5 février 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie des membres du personnel des établissements d’enseignement et centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone. »

Art. 48 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.21 rédigé comme suit :

« Art. 11.21 - À sa demande, le membre du personnel qui a été absent pour une période ininterrompue d’au moins quarante-deux jours calendrier pour cause de maladie ou d’infirmité et qui dispose d’au moins trente jours de congé pour cause de maladie peut reprendre le service à temps partiel, pour autant qu’il transmette au médecin-contrôleur un certificat du médecin traitant allant en ce sens ainsi qu’un plan de réintégration établi par le médecin traitant et qu’aussi bien le médecin-contrôleur que le pouvoir organisateur marquent leur accord quant à la réintégration professionnelle. Si le médecin-contrôleur et/ou le pouvoir organisateur refusent l’autorisation, ils motivent leur décision.

Le plan de réintégration comprend au moins les éléments suivants :

- 1° le pourcentage du volume d’heures hebdomadaire à prester par le membre du personnel au cours de la période de réintégration;
- 2° les dates de début et de fin de la période de réintégration correspondante;
- 3° la date à laquelle le membre du personnel sera vraisemblablement à nouveau en mesure de reprendre le service complètement.

Pendant la réintégration, le membre du personnel preste au moins la moitié d’un horaire complet. Si la fraction de la réduction ne donne pas un chiffre rond, elle est arrondie à l’unité supérieure pour ce qui concerne les membres du personnel relevant de la catégorie du personnel enseignant, à l’exception des pédagogues de soutien dans l’enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant occupé auprès de la haute école autonome.

La période de réintégration s’étend sur une période d’au moins un mois et d’au plus trois mois. Sur la proposition du médecin traitant et avec l’accord du médecin-contrôleur et du pouvoir organisateur, la période de réintégration peut être prolongée, aussi souvent que nécessaire, de périodes supplémentaires d’une durée maximale de trois mois chacune, pour autant que le membre du personnel dispose d’un nombre suffisant de jours de congé pour cause de maladie pour couvrir ces périodes conformément à l’alinéa 6. Une modification du pourcentage du volume d’heures hebdomadaire à prester par le membre du personnel a lieu sur la proposition du médecin traitant à chaque fois au début d’une prolongation de la période de réintégration.

Le membre du personnel qui reprend le service à temps partiel en application de l’alinéa 1^{er} se trouve, pour les heures non prestées, en congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d’une maladie de longue durée. Le congé est rémunéré et assimilé à une activité de service.

Pendant le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d’une maladie de longue durée, le membre du personnel qui preste au moins 75 % d’un horaire complet se voit déduire un quart de jour de congé pour cause de maladie par jour calendrier. Un

membre du personnel qui preste moins de 75 % d'un horaire complet pendant le congé se voit déduire un demi-jour de congé pour cause de maladie par jour calendrier.

Par dérogation à l'alinéa 6, le membre du personnel qui, à la suite d'un accident du travail, d'un accident sur le chemin du travail ou d'une maladie professionnelle, prend le présent congé avec l'accord du service de santé administratif ne se voit pas déduire de jours de congé pour cause de maladie pendant ledit congé.

La réintégration peut être interrompue prématurément sur l'initiative du membre du personnel, du médecin traitant ou du médecin-contrôleur.

Le congé prend fin d'office dans les cas suivants :

1° lorsque le membre du personnel se retrouve à charge de la mutualité en application de l'article 11.11 ou est mis en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité en application de l'article 11.13;

2° lorsque le médecin-contrôleur et/ou le pouvoir organisateur ne font pas droit à la demande de prolongation de la période de réintégration en vertu de l'alinéa 4;

3° lorsque la désignation ou l'engagement à titre temporaire du membre du personnel prend fin ou lorsqu'il est mis fin à la nomination ou à l'engagement à titre définitif du membre du personnel. »

Art. 49 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre III.4, comportant les articles 11.22 et 11.23, intitulé comme suit :

« Chapitre III.4 – Absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité ».

Art. 50 – Dans le chapitre III.4 du même décret, il est inséré un article 11.22 rédigé comme suit :

« Art. 11.22 - Le présent chapitre s'applique aux membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire mentionnés à l'article 11.1. »

Art. 51 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.23 rédigé comme suit :

« Art. 11.23 – Un membre du personnel désigné ou engagé à titre temporaire qui est absent pour cause de maladie ou d'infirmité et se trouve à charge de la mutualité en application de l'article 11.11, alinéa 2, peut, à sa demande et avec l'autorisation du médecin-conseil de la mutualité, reprendre le service à temps partiel, pour autant qu'il présente au pouvoir organisateur l'autorisation délivrée par ledit médecin-conseil précisant le pourcentage du volume d'heures à prester par le membre du personnel ainsi que les dates de début et de fin de l'occupation à temps partiel, et que le pouvoir organisateur marque son accord avec la reprise du service à temps partiel. Si le pouvoir organisateur ne donne pas son accord, il motive sa décision. L'occupation à temps partiel peut être prolongée de périodes supplémentaires avec l'autorisation correspondante du médecin-conseil et l'accord du pouvoir organisateur.

Le membre du personnel qui reprend le service à temps partiel en application de l'alinéa 1^{er} se trouve, pour les heures non prestées, en absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. L'absence n'est pas rémunérée et est assimilée à une non-activité de service.

L'absence prend fin d'office lorsque la désignation ou l'engagement à titre temporaire du membre du personnel prend fin. »

Art. 52 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre III.5, comportant les articles 11.24 à 11.30, intitulé comme suit :

« Chapitre III.5 – Confidentialité et protection des données ».

Art. 53 – Dans le chapitre III.5 du même décret, il est inséré un article 11.24 rédigé comme suit :

« **Art. 11.24** – Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission. »

Art. 54 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.25 rédigé comme suit :

« **Art. 11.25** – Sans préjudice de l'article 11.26, le Gouvernement est réputé responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 11.27 au sens de l'article 4, 7), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

Le Gouvernement traite les données à caractère personnel en vue de l'exécution des missions mentionnées dans le présent décret. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données. »

Art. 55 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.26 rédigé comme suit :

« **Art. 11.26** – Le traitement des données relatives à la santé des personnes concernées s'effectue sous la responsabilité du médecin-contrôleur, compétent conformément à l'article 3 du décret du 5 février 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie des membres du personnel des établissements d'enseignement et centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone. »

Art. 56 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.27 rédigé comme suit :

« **Art. 11.27** – Pour exécuter leurs missions conformément à l'article 11.25, alinéa 2, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret peuvent traiter les données à caractère personnel des catégories suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et à la date de naissance ainsi que les données de contact;
- 2° les données relatives à la relation de travail et au traitement;
- 3° les données relatives à la santé.

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données. »

Art. 57 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.28 rédigé comme suit :

« **Art. 11.28** – Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données mentionnées à l'article 11.27 sont conservées pendant trente ans au plus.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 58 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.29 rédigé comme suit :

« **Art. 11.29** – Afin d'établir des analyses et des statistiques, le Gouvernement a recours à des données anonymes. »

Art. 59 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.30 rédigé comme suit :

« **Art. 11.30** – Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre. »

Chapitre 11 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidé de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 60 – À l'article 56.6 du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidé de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, m), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un n) et un o) rédigés comme suit :

« n) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

o) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le secrétaire administratif en chef engagé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir aux types de mise en disponibilité suivants :

1° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un secrétaire administratif en chef qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 2° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un secrétaire administratif en chef qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le secrétaire administratif en chef qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un secrétaire administratif en chef qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite mentionné à l'alinéa 3, 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

3° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 61 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IV *quaterdecies*, comportant l'article 56.23, intitulé comme suit :

« Chapitre IV *quaterdecies* – Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une école primaire autonome ».

Art. 62 – Dans le chapitre IV *quaterdecies* du même décret, il est inséré un article 56.23 rédigé comme suit :

« Art. 56.23 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 63 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IV *quinquiesdecies*, comportant les articles 56.24 et 56.25, intitulé comme suit :

« Chapitre IV *quinquiesdecies* – Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une académie des arts ».

Art. 64 – Dans le chapitre IV *quinquiesdecies* du même décret, il est inséré un article 56.24 rédigé comme suit :

« Art. 56.24 – Principe

Par dérogation au chapitre IV, les articles 56.2 à 56.7 et 56.9 à 56.11 s'appliquent à la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts. »

Art. 65 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 56.25 rédigé comme suit :

« Art. 56.25 – Traitement et prime

§ 1^{er} – Durant l'exercice de la fonction en tant que directeur adjoint d'une académie des arts, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422/I figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État, plus une prime mensuelle de 400 euros.

Dans le cas d'une occupation à temps partiel, le montant de la prime mentionné à l'alinéa 1^{er} est réduit proportionnellement à l'occupation.

§ 2 – Si une personne, désignée pour une durée indéterminée conformément à l'article 22*bis* ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une académie des arts, elle

continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel.

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 – Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une académie des arts, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 – Le montant calculé en application des §§ 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois des 2 janvier 2001 et 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43*bis* de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que le sous-directeur ou le proviseur ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 66 – À l'article 64.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le directeur d'une académie des arts nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un directeur d'une académie des arts qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le directeur d'une académie des arts qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un directeur d'une académie des arts qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 67 – L'article 64.7, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le directeur d'une académie des arts est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer dans la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 56.2, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°. »

Art. 68 – À l'article 64.17 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef d'établissement nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef d'établissement qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard

cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 69 – L'article 64.18, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le titulaire de l'emploi est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer de manière temporaire comme suit :

1° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, est entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, à l'exception du 3°;

2° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;

3° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement secondaire, le remplacement est effectué dans la fonction de sous-directeur par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, à l'exception du 3°;

4° s'il s'agit d'un administrateur en internat, le remplacement est effectué dans la fonction de surveillant-éducateur d'un internat. »

Art. 70 – À l'article 73, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Chapitre 12 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 71 – À l'article 5.46, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 72 – À l'article 5.92, 1°, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le 1° est complété par les o) et p) rédigés comme suit :

- « o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;
- p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 73 – À l'article 5.98, alinéa 3, 1°, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le n), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° le 1° est complété par les o) et p) rédigés comme suit :
 - « o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;
 - p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 74 – À l'article 5.99, § 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa unique, le mot « absent » est remplacé par les mots « absent à temps plein »;
- 2° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :
 - « Si, en raison d'un des types de congé, le directeur est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer dans la fonction d'adjoint par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 5.105.1, à l'exception du 4°. »

Chapitre 13 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

Art. 75 – L'article 111.3, § 1^{er}, alinéa 3, 4°, du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, inséré par le décret du 19 avril 2010, est complété par un c) rédigé comme suit :

- « c) 85 % à partir de 2024 ».

Chapitre 14 – Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit

Art. 76 – L'article 74 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit est complété par un alinéa rédigé comme suit :

- « La mission d'un directeur adjoint d'une académie des arts correspond à celle mentionnée à l'alinéa 1^{er} et comprend les tâches qui lui sont attribuées par le directeur de l'académie des arts dont il est l'adjoint. »

Chapitre 15 – Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration

Art. 77 – À l'article 22 du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, 17°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'alinéa 1^{er} est complété par des 18° à 20° rédigés comme suit :
 - « 18° le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;
 - 19° l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité;
 - 20° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant que le membre du personnel, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une

pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un membre du personnel qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »;

3° dans l'alinéa 2, le mot « 17° » est remplacé par le mot « 20° »;

4° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 3, le directeur, l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire ou l'adjoint est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un directeur, inspecteur scolaire, conseiller en développement scolaire ou un adjoint qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Chapitre 16 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Art. 78 – À l'article 6.52, alinéa 1^{er}, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 79 – À l'article 6.84, § 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 17°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par des 18° à 21° rédigés comme suit :

« 18° le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

19° l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité;

20° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant que le coordinateur ou le chef d'antenne, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un coordinateur ou un chef d'antenne qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 21°, pour autant qu'il remplisse les

conditions mentionnées au 21° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

21° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un chef d'antenne ou un coordinateur qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »;

3° dans l'alinéa 2, le mot « 17° » est remplacé par le mot « 20° », et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Le directeur n'est pas autorisé à passer en mise en disponibilité à mi-temps mentionnée au 21°, comme le prévoit le 20°, a). »;

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 3, le directeur, le coordinateur ou le chef d'antenne est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un coordinateur ou un chef d'antenne qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné à l'alinéa 1^{er}, 21°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 21°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. Un directeur, coordinateur ou chef d'antenne qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 80 – À l'article 6.85, § 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 26 février 2018 et 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « absent » est remplacé par les mots « absent à temps plein »;

2° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le directeur est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer dans la fonction d'adjoint. »

Chapitre 17 – Entrée en vigueur

Art. 81 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2023, à l'exception de l'article 75, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2024.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG